

Jahresauftakt

Partei Vorstand und Linksfraktion im Bundestag feierten den Start ins politische Jahr 2019 mit Reden, guter Musik und prominenten Ehrengästen. 6

Europawahl

DIE LINKE will vom 22. bis zum 24. Februar im Bonner World Conference Center ihr Europawahlprogramm und die Kandidatenliste für die Wahl beschließen. 8

Hartz IV

Dass sich Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nun mit dem Sanktionsregime befassen muss, ist auch ein Erfolg der LINKEN. 14





Das neue Jahr ist noch jung, doch trotzdem wird hier im Karl-Liebknecht-Haus eifrig gewirbelt. Denn die 2. Tagung des 6. Parteitages der LINKEN in Bonn wirft ihre Schatten voraus. Die Seiten 8 bis 11 sind diesem Großereignis vorbehalten. Apropos Großereignis: Das Gedenken an die von der Reaktion ermordeten KPD-Mitbegründer Rosa

Luxemburg und Karl Liebknecht liegt erst wenige Tage zurück. Die Seite 4 widmen wir den Gedenkveranstaltungen zum 100. Todestag der beiden Revolutionäre. Das neue Jahr bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich: Neben vier Landtagswahlen, vielen Kommunal- und den Europawahlen, gilt es für DIE LINKE, sich weiter dem Rechtsruck entgegenzustellen. Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger fordern in einem gemeinsamen Papier, das wir auf den Seiten 12 und 13 in Auszügen veröffentlichen, einen »sozialen Aufbruch« und »mutigen Klimaschutz«. Katja Kipping unterstreicht zudem in einem Beitrag auf Seite 14, dass die jetzt erfolgende Prüfung der Hartz IV-Sanktionen durch das Bundesverfassungsgericht auch ein Erfolg der LINKEN ist. Schließlich hat die Partei den Widerstand gegen Hartz IV in den Bundes-

tag getragen. Auf der Seite 16 rezensiert mit Shaked Spier einer der Sprecher der BAG Netzpolitik ein Buch über die einflussreiche US-amerikanische »Gegenkultur von Rechts« im Internet. Die hat sich auch in der Bundesrepublik entwickelt, wie die jüngst bekannt gewordenen Datenleaks eines rechten Hackers zeigen.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

DISPUT 02/2019
VOR-GELESEN VON THOMAS LOHMEIER

GEDENKEN

100. Todestag von Karl und Rosa **4**

JAHRESAUFTAKT

Partei und Bundestagsfraktion starteten ins neue Jahr **6**

OFFENE WORTE

Carolyn Emcke über Ausgrenzung und Unterdrückung **7**

EUROPAWAHL

Parteitag der LINKEN in Bonn **8**
 Auszüge aus dem Leitantrag **10**

GEMEINSAMES PAPIER

Die Vorsitzenden der LINKEN fordern Politikwechsel **12**

HARTZ IV-SANKTIONEN

Wider die Existenznot-Peitsche **14**

BUCHREZENSION

Rechte Gegenkultur im Netz **16**



JEDEN MONAT AUS DEM HAUS 5
PRESSEDIENST 24
DAS KLEINE BLABLA 25
FEUILLETON 27
NEU IM KINO 29
KULTUR 30
FEBRUARKOLUMNE 31

EUROPÄISCHE LINKE

Ein Schritt nach vorn **18**

KPD-GRÜNDUNG

DIE LINKE und ihr historisches Erbe **20**

VORURTEILE

Psychologische Erklärungen **22**

60 JAHRE REVOLUTION

Kuba-Konferenz der LINKEN **26**

GESCHICHTE

Nationalversammlung in Weimar **29**

Foto: Martin Heinlein

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin **REDAKTION** Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 2:** 18.01.2019. DISPUT 3/2019 erscheint am 28.03.2019.

Anna, was ist für Dich links?



Foto: privat

Links ist für mich, immer und überall für Menschenrechte, Freiheit und Solidarität einzustehen und diese nicht von Faktoren wie Herkunft, Aussehen, Sexualität oder Geschlecht abhängig zu machen. Links ist der Kampf gegen jeden Antisemitismus, gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie; der Einsatz für alle, der nicht an Grenzen haltmacht. Links ist Emanzipation von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwängen und der Einsatz für ein anderes Arbeiten, Denken und Leben. Links ist, in die Zukunft zu schauen und dabei die Vergangenheit im Blick zu haben. **Wenn Du Parteivorsitzende wärst ...** würde ich die Partei klar europäisch ausrichten – für radikale Reformen statt Rückzug. Debatten anstoßen und die Möglichkeiten zur Einbringung und Mitbestimmung besonders für junge Menschen stärken. **Was regt Dich auf?** Doppelmoral und zu einfache, nicht durchdachte vermeintliche Lösungen. Für Populismus ist die Welt schlicht zu komplex. Für Verschwörungstheorien auch. **Wovon träumst Du?** Von einer Welt, in der sich alle ohne Existenzängste frei entfalten können, in der Bildung für alle zugänglich ist, in der wir nicht kurz vor der Klimakatastrophe stehen, in der Solidarität über Profit steht und in der nicht die Arbeit unser Leben bestimmt. **Wovor hast Du Angst?** Davor, dass das Projekt Europa scheitert und nationalistische und faschistische Positionen und Parteien weiter an Zustimmung gewinnen und dass Konservative den Klimaschutz so lange blockieren, bis es zu spät ist. **Wie lautet Dein Lebensmotto?** Clara Zetkin: »Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!« **Ich lebe in Bayern und bin trotzdem Mitglied der LINKEN, weil ...** Nicht trotzdem, sondern deswegen.

Anna Westner ist Mitglied im Kreisverband Altötting-Mühldorf

DISPUT fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

Kränze und Nelken

Anlässlich des 100. Todestags von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kamen Tausende zu den Gräbern der beiden ermordeten Sozialisten



Fotos: Ronald Friedmann

Einhundert Jahre nach Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Freikorps-Soldaten gedachten am 13. Januar tausende Menschen der beiden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands. Trotz des schlechten Wetters kamen mehr Besucherinnen und Besucher zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde als in den Jahren zuvor. Deutlichstes Indiz für den starken Zulauf: Schon um elf waren im Blumenladen an der Gedenkstätte die roten Nelken ausverkauft, wie die »Berliner Zeitung« meldete. Traditionell legen die Besucher der Gedenkstätte eine solche Nelke auf die dortigen Gräber.

Zuvor hatten bereits führende Genossinnen und Genossen der LINKEN an der Kranzniederlegung zu Ehren von Karl und Rosa teilgenommen. Die beiden Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, an der Seite der Fraktionsvorsitzenden, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch. Auch

der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi kam als Präsident der Europäischen Linken zusammen mit der spanischen Kommunistin Maria Teresa Mola. Zuvor

hatte Gysi im Deutschlandfunk mit Blick auf Liebknecht und Luxemburg betont: »Sie wären nie bereit gewesen, den Rechtsextremen entgegenzukommen, sondern sie hätten immer gesagt, wir müssen die Leute vom Gegenteil überzeugen.«

An der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, die traditionell vom Frankfurter Tor im Berliner Stadtteil Friedrichshain zur Gedenkstätte der Sozialisten führt, beteiligten sich in diesem Jahr etwa 10.000 Menschen, darunter viele Mitglieder kleiner und kleinster kommunistischer Gruppen und Parteien.

Wenige Tage später, am Abend des 15. Januar, dem eigentlichen Todestag der beiden, eröffnete in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN eine Fotoausstellung, die bis zum 15. Februar Bilder aus dem Leben Liebknechts zeigt. Zu Ehren der standhaften Revolutionäre wurden überdimensionale Bilder der beiden an die Fassade des Karl-Liebknecht-Hauses projiziert – zusammen mit der bekannten Liedzeile »Erkämpft das Menschenrecht.« ◀

Partei- und Fraktionsführung der LINKEN legten am 13. Januar gemeinsam Kränze nieder an der Gedenkstätte der Sozialisten im Berliner Stadtteil Friedrichsfelde



Es ist so weit: Das Superwahljahr 2019 hat begonnen! Wir haben es mit unserem politischen Jahresauftakt sowie dem Gedenken zum hundertsten Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gebührend eingeläutet. Nach dem Empfang des Parteivorstandes, an dem auch zahlreiche prominente Gäste teilnahmen, unter ihnen Frank Bsirske, der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Ruben Neugebauer von Sea Watch, die Publizistin Carolin Emcke sowie Idil Baydar aka Jilet Ayse. Am Samstag fand die Gremienberatung zum Jahresauftakt des Parteivorstands mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion statt.

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben aus diesem Anlass mit dem Konzeptpapier »Für einen sozialen Aufbruch und mutigen Klimaschutz!« einen Aufschlag für einen grundlegenden Politikwechsel gemacht. Denn dieser ist 2019 dringender denn je: Die Ära Merkel neigt sich dem Ende zu, die Groko schleppt sich dahin, die SPD schrumpft und taumelt weiter orientierungslos in Richtung Abgrund, die soziale Spaltung schreitet voran, der Klimaschutz stagniert und der Polizeistaat wird ausgebaut. Der Rechtspopulismus zeigt seine hässliche Fratze: hier, in Europa und weltweit.

Es ist höchste Zeit, etwas zu verändern. Und wir, DIE LINKE, werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir müssen uns auf der Straße an sozialen Bewegungen wie #unteilbar und den Mieter_innenbewegungen beteiligen sowie in den Krankenhäusern und Betrieben die Anliegen der Beschäftigten unterstützen. Aber auch in der Parteienlandschaft: Die Grünen profitieren vom Fukushima-Effekt und sonnen sich in explodierenden Wahlergebnissen und Umfragewerten. Sie setzen auf politische Beliebigkeit. Ihnen ist es egal, mit wem sie regieren. Die SPD will sich angeblich irgendwie erneuern, aber nichts ändern: Groko, Hartz-IV-Sankti-



JÖRG SCHINDLER

Europa geht nur solidarisch

onen, Pflegenotstand, Wohnungsnot, Dieselskandal, Verkehrs- und Energiepreise mit angezogener Handbremse – alles soll so bleiben, wie es ist. Das wird vermutlich nicht funktionieren. Deswegen wird uns die Aufgabe zukommen, der Motor für einen Politikwechsel zu sein. Und wir möchten alle, die nicht länger warten wollen, herzlich einladen mitzumachen. Unsere nächste Herausforderung auf diesem Weg ist die Europawahl. Wir wollen Europa weder den Rechtspopulisten noch den Neoliberalen überlassen, sondern die fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kräfte stärken. Wir fordern nicht weniger als einen Neustart der Europäischen Union. Deshalb werden wir mit den konkreten Forderungen, europaweite Mindestlöhne und eine Mindeststeuer für Großkonzerne und Millionäre einzuführen, in den Wahlkampf ziehen. Außerdem lehnen wir eine europäische Armee entschieden ab. Niemand versteht, warum Apple in Irland 50 Euro Steuern auf eine Million Euro Gewinn zahlte. Das ist ein Steuersatz von 0,005 Prozent. Ich bin mir sicher, dass viele unserer Leserinnen

und Leser mehr als 50 Euro Steuern zahlen, obwohl sie keine Million verdienen. Die US-Kaffeehauskette Starbucks zahlte seit 2002 in Deutschland, und seit 2004 in Frankreich, einfach gar keine Steuern, während jedes kleine Café von den Finanzbehörden zur Kasse gebeten wird. Das muss sich dringend ändern.

Auf dem Europaparteitag vom 22. bis 24. Februar in Bonn werden wir unser Programm und unsere Kandidat_innenliste beschließen und damit den Grundstein für einen erfolgreichen Europawahlkampf legen. Es werden spannende und auch lange Tage. Ich freue mich auf produktive und kontroverse Diskussionen bis in die Nacht hinein und darauf, viele Genossinnen und Genossen zu treffen, die ich lange nicht gesehen habe.

Noch vor der heißen Phase des Europawahlkampfes werden wie uns bemühen, unsere Mitglieder – und natürlich auch jene, die noch keine sind – zu motivieren, sich in den Wahlkampf einzubringen. Denn DIE LINKE ist eine aktive Mitglieder- und Bewegungspartei, hier machen die Mitglieder Politik. Sie machen mit und sie bestimmen mit. Es gibt ein Potential für Veränderung. Nutzen wir es! Im Straßenverkehr mag es ruhig andersrum bleiben, aber in Europa gilt hoffentlich bald links vor rechts. Denn: Europa geht nur solidarisch!

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



Den Zeitgeist verändern

Partei Vorstand und Bundestagsfraktion der LINKEN starteten mit zwei gut besuchten Auftaktveranstaltungen in das politische Jahr 2019 **VON FABIAN LAMBECK**

Die LINKE läutete das Jahr 2019 offiziell am 11. Januar ein. Auf einer Abendveranstaltung im Berliner »Sharehouse Refugio« konnten Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Bundesgebiet zahlreiche Gäste aus Kunst und Politik begrüßen. Darunter die Publizistin Caroline Emcke, die Kabarettistin Idil Baydar (Jilet Ayse) sowie den Journalisten und Aktivisten Ruben Neugebauer (Sea-Watch). Insbesondere die Rede von Caroline Emcke erntete viel Beifall. Für die musikalische Begleitung sorgte die Band »The SWAG« mit ihrem Sound zwischen HipHop, Soul, Jazz und zeitgenössischer Clubmusik.

Am Sonnabend folgte dann die Beratung des Parteivorstandes der

LINKEN mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Landesverbände, sowie dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske. Der Gewerkschafter betonte, wie gern er der Einladung gefolgt war. Bsirske gab sich kämpferisch und verwies in seiner Rede auf »eine Reihe von Tarifkonflikten«, mit denen man ins neue Jahr eingestiegen sei und hob die Streiks des Bodenpersonals an deutschen Flughäfen hervor. Erfolgreich seien die Arbeitskämpfe im Bereich des Geld- und Werttransports gewesen. Nach zahlreichen Arbeitsniederlegungen habe man für die Beschäftigten kräftige Lohnerhöhungen erreicht. Der Vorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass 2019 »das

Jahr einer gesellschaftlichen Wende« werden könnte, schließlich neige sich »die Ära Merkel dem Ende zu«.

Am Sonntag lud dann die Bundestagsfraktion ins Berliner Kino »Kosmos« zu ihrem politischen Jahresauftakt. Unter dem Motto: »Für einen starken Sozialstaat und konsequente Abrüstung!« kamen hunderte Gäste in das ehemalige Premierenkino der DDR. Neben den beiden Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, standen auch die ehemaligen Parteichefs Oskar Lafontaine und Gregor Gysi auf dem Podium. Unter dem Beifall der Gäste machte Gysi deutlich: »Wenn wir den Zeitgeist nicht verändern, werden wir auch die Gesellschaft nicht verändern.« ◀





Fotos: Martin Heinlein

There is no hierarchy of oppressions«, schrieb die amerikanische Dichterin, Bürgerrechtlerin und Feministin Audre Lourde, »es gibt keine Hierarchie der Unterdrückung«. Der Schmerz derer, die ausgeschlossen oder eingeschlossen werden, die stigmatisiert oder kriminalisiert, verlacht oder verachtet, ausgebeutet oder verdrängt werden, dieser Schmerz lässt sich nicht aufteilen. Es gibt nicht das Leid der einen, das dringlich ist und das der anderen, das noch ein bisschen warten kann bis es adressiert wird. Es kann keine Priorisierung geben, die nur eine Form der Marginalisierung als relevant anerkennt – und alles andere als vermeintlich elitäre Nöte denunziert und nachordnet. Jener herablassende Diskurs, der versucht, ökonomische gegen kulturelle Ausgrenzung zu stellen, ist normativ wie empirisch fatal. Als ob Armut nicht auch ein Stigma wäre, als ob diejenigen, die arbeitslos sind oder prekär beschäftigt, allein um finanzielle Zugänge und nicht auch um soziale Anerkennung und ihre Würde ringen würden. Als ob rassifizierende, homo- und transphobe Diskriminierung nicht auch ökonomische und soziale Ausgrenzung bedeuteten. Mal abgesehen davon, dass die Zuteilung, wer da jetzt als »Arbeiter*in« und wer als »Migrant*in«, wer als sozial und wer als kulturell marginalisierte firmiert, schwer konturierbar sein dürfte.

Wer Eribon so gelesen hat als ob dies allein ein Buch eines Intellektuellen aus der französischen Arbeiterklasse sei, hat Eribon nicht gelesen. Wie manche bei der Rezeption von »Rückkehr nach Reims« die Homosexualität des Autors verdrängt haben, ist so

Leid ist Leid

CAROLIN EMCKE warnt eindringlich davor, ökonomische gegen kulturelle Ausgrenzung zu stellen

bemerkenswert wie symptomatisch. Umverteilungskämpfe sind immer auch Anerkennungskämpfe. Und umgekehrt. Sie aufzuspalten, sie zu hierarchisieren, hieße den eigenen Begriff von Gleichheit zu spalten, in gleichere und ungleichere Gruppen und Bezüge, es hieße den Begriff und die politische Praxis von Anti-Diskriminierung und Solidarisierung aufzugeben. Die Identitätspolitik, die da jetzt häufig kritisiert wird, weil sie angeblich den enthemmten Neoliberalismus befördert und begleitet habe, die haben doch nicht wir, die nicht-heterosexuellen, nicht-christlichen, nicht-weißen, nicht-Konformen erfunden. Sondern Identitätspolitik haben diejenigen erfunden, die Menschen, wie uns, marginalisieren wollen. Ich sehe nicht, wie sich verschiedene Formen der Unterdrückung und Marginalisierung bekämpfen ließen, ohne eben immer beides zusammen zu denken und auch dementsprechend im Vokabular und der Rhetorik zu adressieren: Anerkennung und Umverteilung. Soziale und politische Fragen, ökonomische und ökologische, sie alle gehören zu dem, was eine emanzipative Politik adressieren muss.

Die autoritären, chauvinistischen Bewegungen und Regierungen, die sich gegen heterogene, freie Gesell-

schaften wenden, existieren längst weltweit: Ob in der Türkei oder in Brasilien, in Ungarn oder in Russland, in den USA oder eben auch hier bei uns: Die Dogmatiker, die ein Früher propagieren, ein Damals, das es nie gab, in dem es noch eine homogene Nation, eine natürliche Familie, eine reine Gesellschaft gegeben habe, die von einem »Volk« reden, das sie angeblich repräsentieren, um es mit der eigenen Steuer- oder Bildungspolitik zu verraten, sie bedrohen nicht nur Menschen, die so lieben wie ich, sondern sie bedrohen alle, die in einer solidarischen, freien, demokratischen Gesellschaft leben wollen. Sie, die »die Nation« emblematisch vor sich hertragen, sie agieren, argumentieren, taktieren international: Es sind internationale Finanzströme, die diese Bewegungen und ihre Kandidaten unterstützen, so wie es internationale Netzwerke sind, die ihre ideologischen Positionen, Diskurs-Fetzen und ihren Hass verbreiten. Auf die rechtsradikale, rechtspopulistische Bedrohung unserer Demokratien lässt sich so wenig national antworten, wie auf die sozialen Kontrollverluste im aggressiven Kapitalismus. Desintegrationstendenzen, die international organisiert werden, lassen sich nicht dadurch abstellen, dass eine Nation heraufbeschworen wird, die noch weniger Kontrolle oder Sicherheit garantiert und vor allem wieder Menschen als nicht-zugehörig ausschließt.

Die Rede in voller Länge unter:
<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/eine-progressive-politik-braucht-eine-politische-melancholie-und-ein-politisches-begehren/>

Ein langes Wochenende

Die LINKE will vom 22. bis zum 24. Februar in Bonn Europawahlprogramm und Kandidatenliste beschließen

Der Europaparteitag wirft seine Schatten voraus. Schon jetzt laufen in der Bundesgeschäftsstelle, im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, die Vorbereitungen auf Hochtouren. In den vergangenen Wochen wurden Anträge und Änderungsanträge angenommen und Vorschlagslisten für die Parteitagsgremien zusammengestellt. Schließlich benötigt ein Parteitag ein Tagungspräsidium sowie eine Antrags- und Wahlkommission. Zudem wurden alle notwendigen Unterlagen und Informationen in sogenannten Antragsheften zusammengestellt, gedruckt und an alle Delegierten verschickt. Was ganz harmlos klingt, ist hier immer noch Hand- und Fleißarbeit. Denn hunderte der druckfrischen Exemplare müssen für den Versand fertig gemacht werden. Da DIE LINKE keinen externen Dienstleister damit beauftragt, müssen die Genossinnen und Genossen im Karl-Liebknecht-Haus ran. Per hausinterner E-Mail wurde nach Freiwilligen für die »Unterstützung beim Eintüten« gesucht. So ein Parteitag ist immer auch eine logistische Herausforderung, schließlich müssen viele Genossinnen und Genossen aus der Bundesgeschäftsstelle auch am Tagungsort



Foto: Rico Prauss

sein. Da der Parteitag diesmal im Bonner World Conference Center stattfinden wird, bedeutet das eine Reise durch die halbe Republik. Das Veranstaltungsmanagement kümmert sich um den reibungslosen Ablauf und plant den Bühnenbau. Dazu gehört auch die Erstellung eines Sicherheitskonzepts. Die Pressestelle informiert

Journalistinnen und Journalisten im vorab und kümmert sich um die notwendigen Akkreditierungen. Eine Begehung vor Ort mit den Journalisten erfolgte bereits Wochen vor dem eigentlichen Parteitag. So können etwa die Verantwortlichen der Fernsehsender prüfen, ob die technischen Voraussetzungen stimmen. Schließlich ist

Wir brauchen Deine Unterstützung

DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir sind nicht käuflich. Für Spenden



den von Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind wir aber dankbar. Durch diese Spenden ist es möglich, Projekte und Kampagnen zu finanzieren, die wir uns sonst nicht oder nicht in diesem Maße leisten könnten.

Das Spendenkonto lautet:

DIE LINKE. Parteivorstand
IBAN: DE38 1009 0000
5000 6000 00
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank eG
Kennwort: Spende

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen und die Anschrift an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.



Foto: DIE LINKE

der LINKEN an einer möglichst guten und ausführlichen Berichterstattung gelegen. Die 580 Delegierten des Parteitages werden am Freitag und Sonnabend das Europawahlprogramm beraten und beschließen. Einzigartig in der deutschen Parteienlandschaft ist das Frauenplenum, das bereits am Freitag zusammenkommt.

Was viele Neumitglieder nicht wissen: Die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl ist Sache der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung, die am Sonnabend und Sonntag zusammenkommt. Zudem erwartet die Partei etwa 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme. Das sind etwa Mitglieder des Parteivorstandes und des Bundesausschusses, die keine Delegierten sind. Ferner rechnet man mit rund 500 Gästen auf der Empore des Konferenzsaals »New York«. Somit werden sich bis zu 1200 Menschen im Bonner Conference Center tummeln. Die Verpflegung der Massen obliegt wie üblich den Betreibern der Halle. Die LINKE hat deshalb leider keinen Einfluss auf die Preise für Kaffee, Cola und Snacks, was im Karl-Liebknecht-Haus viele bedauern. ◀

Zeitplan für die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE am 22. und 23. Februar 2019 in Bonn

(Beide Pläne sind lediglich Vorschläge des Parteivorstandes und müssen durch die Delegierten bestätigt werden)

Freitag, 22. Februar 2019:

- 15.00 TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 15.20 TOP 4 Wahl der Bundesschiedskommission
- 16.05 TOP 5 Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
- 16.50 TOP 6 Satzungsänderungen
- 17.20 TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden
- 17.40 TOP 7 Bericht der Delegation der LINKEN in der Fraktion der GUE/NGL im Europäischen Parlament
- 18.00 Frauenplenum
- 20.00 Pause
- 20.30 Bericht des Frauenplenums
- 20.40 TOP 3 (Berichte) Rede Fraktionsvorsitzende/r
- 21.00 TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
- 22.00 Ende des Beratungstages

Samstag, 23. Februar 2019:

- 09.00 Fortsetzung TOP 3 Berichte (Ältestenrat)
- 09.10 Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
- 10.10 TOP 3 (Berichte) Rede Fraktionsvorsitzende/r
- 10.30 Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm
- 12.10 TOP 3 (Berichte) Rede EL-Präsident
- 12.30 Pause

13.45 Fortsetzung TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm

15.05 Schlussabstimmung zu TOP 8 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Europawahlprogramm

15.10 TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE

15.30 TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 6. Parteitages

16.30 Schlusswort

Zeitplan für die Vertreter_innenversammlung der Partei DIE LINKE am 23. und 24. Februar 2019 in Bonn

Samstag, 23. Februar 2019

- 17.00 TOP 1 Eröffnung und Konstituierung der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
- 17.20 TOP 2 Einbringung des Personalvorschlages des Bundesausschusses zur Aufstellung der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
- 17.30 TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
- 22.00 Ende des Beratungstages

Sonntag, 24. Februar 2019

- 9.00 Fortsetzung TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
- 12.00 Pause
- 12.30 Fortsetzung TOP 3 TOP 3 Wahl der Bundesliste der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019
- 15.40 Schlussabstimmung
- 15.55 TOP 4 Schlusswort
- 16.00 Ende des Parteitages

Tagungsort ist das World Conference Center Bonn (WCCB), Platz der Vereinten Nationen 2, 53113 Bonn.

Nichts muss so bleiben

Für ein soziales Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre
 AUSZÜGE AUS DEM LEITANTRAG DES PARTEIVORSTANDS



Foto: Aris

Wir kämpfen für ein soziales Europa, für eine andere Europäische Union, in dem alle gut arbeiten und leben können. In dem nicht die Ungleichheit wächst, sondern der Zusammenhalt. In dem alle vor Armut geschützt sind. Ein Europa, in dem sich nicht die großen Unternehmen vor der Finanzierung des Gemeinwohls drücken können, sondern sich alle an die Regeln einer solidarischen Gesellschaft halten. In dem nicht mit den Schultern gezuckt wird, wenn an seinen Grenzen tausende Menschen ertrinken. In dem Sicherheit nicht heißt: Wir rüsten auf. Für ein Europa, in dem Demokratie nicht dem Markt untergeordnet wird, sondern die Menschen tatsächlich mitentscheiden, wie sie leben wollen und was sie herstellen wollen. In dem unser Klima nicht den Profitinteressen einiger Weniger geopfert wird und wir mit den Lebensgrundlagen so umgehen, dass wir – und die Menschen überall auf der Welt – gut und gesund leben können.

Die Europäische Union ist nicht

so, wie wir sie wollen. Sie ist nicht mal so, wie sie selbst behauptet. Weil in ihre Verträge Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben sind. In denen Wettbewerb über dem Bedarf der Bevölkerung steht, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen von Armut und Unsicherheit. Weil die EU seit der Wirtschaftskrise vor zehn Jahren nicht dazugelernt hat, sondern noch neoliberaler und autoritärer geworden ist. Statt solidarisch die Krise zu bekämpfen, wurden in den südeuropäischen Ländern Löhne gedrückt, Sozialleistungen gestrichen, öffentliche Einrichtungen und Leistungen den Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Banken und Konzerne sind immer noch unzureichend reguliert. Zum Zeitpunkt der Europawahl wird Großbritannien die EU voraussichtlich verlassen haben. Das gemeinsame Haus Europa ist im Fundament erschüttert. Soziale Sicherheit für die Menschen wird als Hindernis für den Wettbewerb verstanden. Dagegen will DIE LINKE einen Neustart der Europäi-

schen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien stehen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Wir wollen eine andere, eine bessere EU. Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet. Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener vertraglichen Grundlagen, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in einem Referendum abstimmen können.

Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren: Nicht die Freiheit des Marktes steht an erster Stelle, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen. Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den Stress erhöhen und die Löhne nach unten drücken,

wollen wir gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen wir leben können. Statt sozialer Ausgrenzung brauchen wir einen garantierten Schutz aller vor Armut. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir schließen. Wir akzeptieren nicht, dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern bezahlen, während die Armut wächst und bei den Sozialausgaben gekürzt wird. Wir wissen: Der Wohlstand in der EU wird von Steuerflüchtlingen bedroht, nicht von den Menschen, die vor den Folgen unserer Politik auf der Flucht sind. Wir kämpfen für eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und nicht den Profiten einiger Weniger. Wir wollen, dass die Jugend in Europa eine Zukunft hat und dass in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Soziales investiert wird. Wir wollen ein friedliches Europa. Statt Aufrüstung und dem Aufbau einer Interventionsarmee wollen wir Abrüstung und Entspannungspolitik. Die Zerstörung des Klimas und der Umwelt muss gestoppt werden. Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen, Gesundheit, allein den Profitinteressen unterordnet. Europa muss beim Klimaschutz vorangehen.

Wir streiten für ein demokratisches und weltoffenes Europa, in dem für verschiedene Lebensentwürfe und Kulturen Platz ist und Menschen in Not geholfen wird. Wir setzen den Rechten und den Neoliberalen ein Europa der Solidarität, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit entgegen. Gegen den autoritären Kapitalismus stehen wir für Demokratie, Freiheit und Humanität. DIE LINKE kämpft für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen. Für eine Demokratie, in der wir unsere Stimme nicht abgeben, sondern in

der wir gemeinsam bestimmen, wie wir leben wollen. Sie wird uns nicht geschenkt werden. Immer noch gilt: Er kämpft das Menschenrecht!

Viele werden sagen: das geht doch nicht. Aber wir wissen: Nichts muss so bleiben, wie es ist – wir können Europa gemeinsam verändern. So, dass das Leben für alle Menschen besser wird. Dafür brauchen wir: Den Mut, uns mit den Mächtigen anzulegen. Mit den Konzernen, die ihre Steuern hinterziehen, mit den Banken, die sich durch Tricks ihre Gewinne nochmal und nochmal von der Steuer auszahlen lassen, mit der Wirtschaftslobby, die sich ihre Gesetze selbst schreibt, mit den Rechten, die gegen Menschen mit anderer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mobil machen, mit den Neoliberalen, die Gelder für ein soziales Europa immer weiter kürzen und stattdessen auf Aufrüstung und den Aufbau von mehr Militär setzen.

Niemand muss sich sagen lassen, es geht nicht anders. Wir haben Vorschläge, wie es besser, sozialer, ökologischer, gerechter geht. Wir können Europa solidarisch machen. Eine gerechte Alternative muss das stärken, was die Menschen verbindet. Sie muss das, was für alle da ist, sozial

Neustart der EU heißt, die Prioritäten umkehren: Nicht die Freiheit des Marktes steht an erster Stelle, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen.

und öffentlich organisieren. Statt Planung und Entscheidung dem Markt zu überlassen, muss was alle angeht, auch von allen demokratisch entschieden werden. Wir müssen ändern, wie unsere Wirtschaft funktioniert, müssen die Kommunen und die Menschen stärken. Wir wollen ein neues Wirtschafts- und Wohlstandsmodell im Interesse der Mehrheit der Menschen

durchsetzen, ein Europa der sozialen Garantien statt Abstiegsangst, ein Europa ohne Armut und Niedriglöhne.

Wir kämpfen für soziale Mindeststandards, für gute Arbeit, eine armutsfeste Rente. Und wir sagen den Konzernriesen den Kampf an: Niemand darf sich um gerechte Steuern drücken.

Wir lehnen Privatisierungen ab und wollen sie auch mit Volksabstimmungen rückgängig machen. Wir wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gesichert wird. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum in der ganzen EU schaffen. Wir wollen, dass alle Menschen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und die Beschäftigten in Pflege und Gesundheit gute Arbeitsbedingungen haben. Wir wollen Gesundheit und Wohnen dem Markt entziehen und wieder am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Wir haben einen LINKEN Plan, wie wir das Klima retten, der sozial gerecht ist. Wir wollen die Energieversorgung in öffentliche und genossenschaftliche Hand bringen und alle schmutzigen Energiequellen abschalten: wir wollen einen europaweiten Kohle- und Atomausstieg. Die Europäische Atomgemeinschaft

EURATOM, die bis heute die Atomenergie fördert, muss aufgelöst werden. Dass Aufträge für wirtschaftliche Unternehmen in der ganzen EU ausgeschrieben werden müssen, drückt auf Löhne und Qualität und macht es

in vielen Fällen unmöglich, vor Ort zu planen und die Bevölkerung in die Entscheidungen einzubeziehen. Wir wollen weg von kurzfristigen Finanzspekulationen und regionale, tragfähige, innovative und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dazu brauchen wir ein Programm für Investitionen, die solche regionalen Strukturen aufbauen. ◀

Einladung zum Kurswechsel

Für einen sozialen Aufbruch und mutigen Klimaschutz! Eine Einladung an alle, die nicht länger warten wollen **VON KATJA KIPPING UND BERND RIEXINGER**

Die soziale Spaltung kann überwunden und der Rechtsruck aufgehalten werden: mit anderen Mehrheiten in der Gesellschaft und einem grundlegenden Politik- wie Regierungswechsel. Dieser fällt nicht vom Himmel, sondern muss erarbeitet werden – auf der Straße und in den Parlamenten.

Wir laden alle fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kräfte in diesem Land ein: Lasst uns gemeinsame Eckpunkte finden, um unser Land gemeinsam zu verändern!

In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung setzen wir auf einen sozialen Politik- und Regierungswechsel, der unser Land nicht nur gerechter, sondern auch sozial und ökologisch zukunftsfähig macht. Denn es reicht nicht aus, eine schlechte Regierungspolitik zu kritisieren, sondern es geht jetzt darum, einen grundlegenden Politikwechsel vorzubereiten. Eine gerechte Politik, die der Armut den Kampf ansagt, die für gute Arbeit steht, den Lebensstandard auch im Alter sichert und das Klima schützt; eine mutige Politik, die die Zukunft anpackt und soziale Sicherheit schafft. Das ist nur mit einer starken Linken möglich.

Zeit für einen Politikwechsel

Das Jahr 2019 markiert einen gesellschaftlichen Wendepunkt. Die Ära Merkel neigt sich dem Ende zu. Selbst wenn Angela Merkel noch weiter Kanzlerin bleiben wird, mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer ist die Fortsetzung der Großen Koalition vorerst nicht gefährdet. Sie hat jedoch weder den Willen noch die Kraft, die wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit zu lösen, geschweige denn die zentralen Zukunftsfragen zu beantworten.

Die soziale Spaltung hat im vergangenen Jahr einen neuen, traurigen Höhepunkt erreicht. Ein Weiter so darf es nicht geben.

In diesem Jahr liegt der Fall der

Mauer 30 Jahre zurück. Wenn wir aber auf die Renten, die Erwerbslosigkeit und die Infrastruktur schauen, existiert eine Mauer nach wie vor. Es ist Zeit für einen Politikwechsel, der für bessere und endlich gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes sorgt.

Dieses Jahr wird das Europaparlament direkt gewählt. Die Gefahr eines Rechtsrucks, die Gefahr eines autoritären Kapitalismus in mehr und mehr Ländern wächst. Die Europäische Union steht vor dem Trümmerhaufen ihrer falschen Politik. Gleichzeitig treten europaweit viele Menschen ein für Solidarität, für anderes Wirtschaften, für Frieden und Klimagerechtigkeit und gegen die reine Profitlogik. (...)

Die Bundesregierung ist offenkundig nicht in der Lage, die richtigen Weichenstellungen und Investitionen für eine sozial gerechte und ökologische Wirtschaft ins Zentrum ihrer Politik zu stellen. Sie ist auch nicht in der Lage, die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Krankenversicherung und Erwerbslosenversicherung, armutsfest und zukunftsicher umzubauen. Zu sehr ist sie den Interessen der DAX-Konzerne verpflichtet und damit einem Weiter so in der Wirtschaftspolitik. Dabei hat fast die Hälfte der Bevölkerung vom Wirtschaftsaufschwung nicht profitiert.

Kleine Korrekturen werden die Ursachen der sozialen Verunsicherung nicht beheben und den Rechtsruck nicht aufhalten. Die Verwüstungen der neoliberalen Politik sind unübersehbar. Um sie zu überwinden, ist ein grundlegender Kurswechsel notwendig.

Die alte Idee der sozialen Demokratie muss heute neu bestimmt und mit der Überlebensfrage des Klimaschutzes verbunden werden.

Das ist die zukunftsfähige Alterna-

tive zum autoritären Kapitalismus, für den u. a. US-Präsident Trump, der ungarische Regierungschef Viktor Orbán und der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz stehen.

(...)

Zukunft der Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Klimaschutz gehören für uns zusammen. Daher schlagen wir einen Investitionsplan für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft vor: Jährlich wollen wir 120 Milliarden in Bildung, bezahlbares und ökologisch modernisiertes Wohnen, bessere Gesundheitsversorgung, in die Energiewende sowie in den ökologischen Umbau der Industrie investieren.

Wir wollen eine Wirtschaftsweise fördern, die auf erneuerbaren Energien basiert und regionale Kreisläufe stärkt. Dafür braucht es jetzt Einstiege in eine grundlegende Transformation von Industrie, Energieversorgung, Landwirtschaft und Mobilität. Das ist nur möglich, wenn über Investitionen politisch und demokratisch entschieden wird und nicht in den Konzernzentralen im Sinne der Großaktionäre.

Eine Einladung an alle, die Europa verändern wollen

Die notwendigen Investitionen in eine soziale und ökologische Zukunftswirtschaft sind möglich und seriös finanzierbar, wenn wir die Bereicherung der Großkonzerne und Superreichen auf Kosten der Beschäftigten und des Gemeinwohls stoppen, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen und sinnvoll nutzen. Vermögen über einer Million Euro, hohe Erbschaften und Managergehälter wollen wir stärker besteuern. International agierende Konzerne, wie Amazon und Google, müssen endlich angemessene Steuern zahlen, die Steuerflucht von Konzernen gestoppt werden.

In diesem Jahr steht einiges auf

dem Spiel. Wir dürfen Europa weder den Rechten noch der Lobby der Konzerne überlassen. Ein soziales und ökologisches Reformprogramm in Deutschland würde Europa verändern. Klimaschutz, soziale Garantien, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, Abrüstung und Entspannungspolitik sind unverzichtbare Bestandteile einer anderen Politik für Europa und einer notwendigen grundlegenden Veränderung der EU.

(...)

Diese Vorschläge sind ein Angebot zur Diskussion an alle, die unsere Gesellschaft und Europa sozial gerecht verändern wollen, denen Klimaschutz und Frieden am Herzen liegen.

Gemeinsam mit allen in der Gesellschaft und in den Parlamenten, die für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und Friedenspolitik eintreten, wollen wir Druck machen für den notwendigen Politik- und Regierungswechsel. Nur eine grundlegen-



de soziale und ökologische Alternative kann den Rechtsruck in Deutschland wie in Europa stoppen.

Wir sind dabei ermutigt, durch die vielen großen Demonstrationen

und Kundgebungen im letzten Jahr für Flüchtlingsrechte gegen Rassismus, für Klimagerechtigkeit, für bezahlbares Wohnen, wie auch Streiks und Arbeitskämpfe für bessere Arbeitsbedingungen. Viele Menschen haben begonnen, die sozialen und politischen Freiheitsrechte gegen die rechte Gefahr zu verteidigen.

Worum es in den nächsten zwei Jahren geht, ist diese neue demokratische Leidenschaft für die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität in neue politische Mehrheiten zu übersetzen. Hier sind alle Parteien diesseits der Union gefragt. Es geht darum, die politischen Verhältnisse nach links zu verschieben. Niemand wird dies alleine schaffen.

DIE LINKE ist bereit. ◀

Der vollständige Text unter: www.die-linke.de/fileadmin/download/nachrichten/2019/2019-01-09_programm_politikwechsel.pdf

Anzeige



Kennenlern-Angebot

9 Ausgaben für 9 Euro Jetzt nd.DieWoche testen

- 9 Samstage bequem frei Haus
- Lieferung endet automatisch
- kein Abo

Jetzt bestellen:
www.dasND.de/NeunfuerNeun
Telefon: 030 2978-1800

EINLADUNG ZUM



Wider die Existenznot

Das Bundesverfassungsgericht prüft die Hartz-IV-Sanktionen, auch weil DIE LINKE immer wieder Druck gemacht hat **VON KATJA KIPPING**

Foto: DIE LINKE

Sozialpolitik ist Politik für soziale Gerechtigkeit in einem Land mündiger Bürger*innen. Wer diesen Grundsatz nicht verinnerlicht hat, landet - wie mit Hartz IV - bei einer Sozialpolitik, die den Menschen entmündigt, gängelt, der Fähigkeit zur Selbstbestimmung beraubt. So kann man Sozialpolitik im Geiste der Armenfürsorge beschrei-

ben. Genau in dieser Tradition stehen die Sanktionen bei Hartz IV. Sanktionen bestrafen die Menschen, wenn sie sich nicht so verhalten, wie es die herrschende Sozialpolitik und die Sozialbürokratie will. Der Entzug des Lebensnotwendigen, bis hin zum Verlust der Wohnung, ist die Strafe für Betroffene und deren Familienangehörige. Für nicht direkt betrof-

fene Sozialleistungsbeziehende sind Sanktionen die deutliche Strafandrohung. Für Erwerbstätige ebenso - jeder noch so miese Job gilt als besser als Hartz IV mit der Existenznotpeitsche. Hartz IV ist eine Bedrohung der Selbstbestimmungsmöglichkeit großer Teile der Bevölkerung - es ist sozialstaatlich organisierte Erpressung und Entmündigung und damit

SANKTIONEN GEGEN KINDER

eine Gefährdung der Demokratie. Im Jahr 2017 wurden fast eine Million Sanktionen bei Hartz IV verhängt. Betroffen waren auch rund 310.000 Haushalte mit Kindern. Für das Jahr 2018 sind leider ähnlich hohe Zahlen zu erwarten. Sanktionen verletzen das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum – Grundrechte kürzt man nicht! Es gibt kein Minimum unter dem Minimum. So argumentiert DIE LINKE schon seit über einem Jahrzehnt in der sozialpolitischen Debatte, in der Öffentlichkeit, in den parlamentarischen Gremien. Angeschlossen haben sich diesem Argument viele Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften. Auch Bündnis 90/Die Grünen und einige in der SPD lehnen mittlerweile Sanktionen ab. Das heißt, selbst Teile derjenigen, die Hartz IV eingeführt haben, merken langsam, dass ihre Politik falsch war. Das hat mit dem beständigen Druck zu tun, den DIE LINKE im Parlament und in der außerparlamentarischen politischen Arbeit erzeugt hat – und mit den alltäglichen Kämpfen der Erwerbslosen und sozial Engagierten.

Rechtliche Willkür

Im Programm der Partei DIE LINKE steht: »Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder Sanktionen fürchten zu müssen. Zwang zur Erwerbsarbeit lehnen wir ab.«

Sanktionen verletzen das völkerrechtliche Verbot der Zwangsarbeit. Dies hat eine Studie der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung verdeutlicht. Eine Studie aus berufenem Munde – dem ehemaligen Leiter der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Max Kern. Darin wird unmissverständlich dargelegt, dass die Sanktionen nach § 31 Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) völkerrechtswidrig sind.

Etwa ein Drittel aller Hartz-IV-Sanktionen trifft Familien mit Kindern. Wie eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ergab, wurden allein von Oktober 2016 bis September 2017 rund 954.000 Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende verhängt. Davon gingen 310.000 Bescheide an Haushalte, in denen Kinder lebten. Ein Drittel davon Altleinerziehende. Das Deutsche Kinderhilfswerk schätzt, dass allmonatlich rund 76.000 Kinder und Jugendliche von den Kürzungen durch das Jobcenter betroffen sind. Sanktionen werden ausgesprochen, wenn Leistungsberechtigte ihren »Pflichten« nicht nachkommen. Am häufigsten sind Terminversäumnisse. Sanktionen ziehen sich in der Regel über drei Monate. Die Betroffenen können zwar Widerspruch einlegen, doch dieser hat keine aufschiebende Wirkung. Sanktionen erfolgen stufenweise: Wer einen Termin versäumt, wird mit einer zehnprozentigen Kürzung bestraft. Bei einer Pflichtverletzung sind es 30 Prozent des Regelbedarfs, bei der ersten wiederholten Pflichtverletzung 60 Prozent. »Bei jeder weiteren wiederholten Pflichtverletzung nach § 31 entfällt das Arbeitslosengeld II vollständig«, heißt es dazu im Sozialgesetzbuch II.

Sanktionsmöglichkeiten sind aber auch für eine Beratungssituation auf Augenhöhe und für eine erfolgreiche Integration kontraproduktiv. Die mit einer Sanktionsmöglichkeit bewehrte »Beratung« ist eher ein existenzielles Abhängigkeitsverhältnis statt Förderung. Integrationsangebote werden zu Zwangsmaßnahmen, wenn sie unter Sanktionsdruck erfolgen.

Außerdem eröffnen Sanktionsmöglichkeiten rechtlicher Willkür Tür und Tor: Wie aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht, wurde im Jahr 2017 über einem Drittel aller Widersprüche teilweise stattgegeben. Dazu wurde 40 Prozent der Klagen von Hartz-IV-Beziehern teilweise stattgegeben, darunter knapp acht Prozent durch ein Gerichtsurteil oder einen Beschluss. Ob sich das Bundesverfassungsgericht in der Verhandlung über die Richtervorlage zur Abschaffung der Sanktionen all diesen Argumenten anschließt, ist ungewiss. Aber immerhin hat es schon in einem Urteil im Jahr 2010 festgestellt, dass das grundrechtlich geschützte Existenzminimum so ausgestaltet sein muss, dass es stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf deckt.

Das Grundrecht auf ein Existenzminimum, das die gesellschaftliche Teilhabemöglichkeit umfasst, ist »dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden«, heißt es weiter in diesem Urteil. Wichtig ist, dass letztlich der Gesetzgeber darüber zu befinden hat, ob Sanktionen abzuschaffen sind. Ob die Mehrheit des Bundestages dafür eintritt, ist nicht zuletzt auch vom Druck der Zivilgesellschaft auf jene Teile der SPD abhängig, die nach wie vor dem Prinzip der Armenfürsorge verhaftet sind und sich einem fortschrittlichen Sozialstaatsprinzip verweigern. Hut ab vor allen, die jahrelang unermüdlich gegen die Sanktionen eingetreten sind – Erwerbslose, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Sozialverbänden, von sozialen Initiativen, von Gewerkschaften und Kirchen. Sie und die vielen Mitglieder der Partei DIE LINKE haben erreicht, dass Hartz IV und das Sanktionsregime im Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten steht. Nun braucht es auch entsprechende Mehrheiten im Parlament, damit auf die Debatten Taten folgen. ◀

Gegenrevolution von Rechts

Die US-Amerikanerin Angela Nagle hat sich mit der rechten Gegenkultur im Internet beschäftigt. Parallelen zu Deutschland sind offensichtlich **VON SHAKED SPIER**

In Ihrem Buch »Die Digitale Gegenrevolution« lädt Angela Nagle die Leserinnen und Leser ein, in die tiefsten Abgründe des kulturellen Diskurses einzutauchen – hemmungsloser Rassismus, Antisemitismus, Frauenhass, Gewalt und Faschismus, die längst nicht nur in den »dunklen Ecken« des Internets zu finden sind, sondern überall, sogar im Weißen Haus. Ein Diskurs, der online stattfindet und eine gesellschaftlich-politische Wirkung zeigt, die sich in bemerkenswerter Weise offline entfaltet. Der im Buch untersuchte Zeitraum erstreckt sich über das letzte Jahrzehnt. Beginnend mit dem (cyber-)utopischen Glauben an »führerlose Bewegungen« und »Facebook/Twitter-Revolutionen«, mit den Ereignissen des arabischen Frühlings und den weltweiten sozialen Protesten, die sich durch ausgeprägte Nutzung von sozialen Medien auszeichneten. Dort verortet Nagle richtigerweise den Startpunkt eines Entwicklungsprozesses, den sie in einer detaillierten, schonungslosen Darstellung analysiert.

Dabei untersucht Nagle, wie es dazu kam, dass die Empörung über etablierte Medien und Politik und die »führerlosen«, online vernetzten Bewegungen nicht der Linken, sondern der Rechten zur Macht verholfen haben. Um dies zu tun, werden die Leserinnen und Lesern mit einer Kultur des Hasses konfrontiert, die in den verschiedensten Orten, Szenen und Milieus der Online-Welt zu finden ist. Auffallend dabei ist die Kultur des Hasses und der Gewalt gegen Frauen, die in die Offline-Welt übergeht. Des Weiteren werden Figuren und Plattformen der US-amerikanischen »Alt-Right« und »Alt-Light« Bewegungen vorgestellt, wie z.B. Milo Yiannopoulos und Richard Spencer oder die Webseiten »4chan« und »Breitbart«.

Eine kulturtheoretische Analyse von sozialen Bewegungen ist vor allem in den kulturalistischen Ansätzen der Social Movement Theory, z.B. New

Social Movement, verankert. Bei diesen Ansätzen verschiebt sich der analytische Schwerpunkt von materiellen Interessen, Ressourcenverteilung und Klassenkämpfen zu Kulturverständnis, Sprache, Normen, Symbolen und Identitäten. In linken Kreisen hingegen, ist vor allem Antonio Gramsci für seinen Begriff der Hegemonie und die These bekannt, dass politische Veränderung auf kulturellen und gesellschaftlichen Wandel folgt; gerade diese Gramscianische Theorie spielt eine zentrale Rolle im theoretischen Fundament und der in Strategie der neuen Rechten.

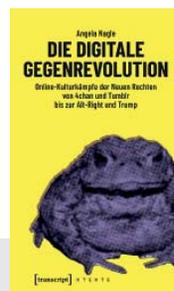
Die Methoden ähneln denen von AfD und Co.

Verwunderlich ist Nagles – die u.a. für das linke Magazin »Jacobin« und ihre Dissertation über antifeministische Online-Bewegungen schreibt – Kritik an der Linken und dem Feminismus für ihre Überempfindlichkeit, überzogene politische Korrektheit und »Tumblr-Identitätspolitik«. Diese sieht Nagle in der Mitverantwortung für die Entstehung und Attraktivität der Neuen (Online-)Rechten als Gegenreaktion; ähnliche Kritik wurde unter anderem von Nancy Fraser formuliert. Die diffus definierten »Linken« und der »Feminismus« werden erst im fünften Kapitel aufgelöst und in den folgenden Kapiteln erneut pauschalisiert betrachtet. Gemeint sind die postmodernistischen Denkerinnen und Denker sowie Bewegungen, deren Präsenz im akademischen sowie im Online-Diskurs in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Die Kritik ist zum Teil berechtigt, zum Teil wird der Schwarze Peter diesen unbegründet zugeschoben. Ironisch dabei ist, dass Nagles kulturalistischer Ansatz sich unter anderem an dem theoretischen Baukasten eben dieser bedient. Das Buch leistet einen bedeu-

tenden Beitrag für das Verständnis des heutigen Rechtsruckes – jenseits von sozioökonomischen Erklärungsmustern. Wichtig dabei ist, dass die kulturalistischen und sozioökonomischen Analysen nicht alleinstehend, sondern gegenseitig ergänzend zu betrachten sind.

Leserinnen und Leser auf dieser Seite des Atlantiks wird vieles im Buch unter anderem Namen bekannt vorkommen – statt »4chan« und »Alt-Right« sind hier PEGIDA, AfD und Co. mit bemerkenswert ähnlichen Methoden und Strategien am Werk. Auch deswegen ist Nagles Analyse lesenswert. Jedoch bleibt die Frage offen, wie ein Rechtsruck, der sich als Gegenkultur zu Mainstream-Medien und Politik versteht, zu bekämpfen ist. Nagles Vorschlag: Nach einem halben Jahrhundert, in dem »alle verzweifelt versuchen, cool und avantgardistisch zu wirken, könnte es an der Zeit sein, die noch immer sehr jungen, sehr modernen Werte und das gesamte Paradigma der Gegenkultur zu beerdigen und etwas Neues zu schaffen.« ◀

Shaked Spier ist Sprecher*in der BAG Netzpolitik der Partei DIE LINKE.



Lesen

Angela Nagle: »Die digitale Gegenrevolution - Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump«, 148 Seiten, 19,99 Euro ISBN: 978-3-8376-4397-8



Ein offenbar rechter Hacker hat teilweise sehr persönliche Daten von hunderten Politikerinnen und Politikern sowie von Prominenten und Künstlern veröffentlicht. Der Fall zeigt, wie leicht es solchen Tätern gemacht wird. Die Arbeitskreise Kultur, Wissen, Lebensweisen (AK IV) und Bürger*innenrechte und Demokratie (AK V) der Linksfraktion im Bundestag haben unabhängig davon nun ein Positionspapier »Cybersicherheit« veröffentlicht. DISPUT veröffentlicht untenstehend dessen zentrale Thesen:

- 1.** Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll eine Behörde werden, deren Kernaufgabe die Erhöhung der digitalen Sicherheit für alle Bürger*innen ist. Dafür muss das BSI aus der Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums entlassen werden und als eigenständige Behörde aufgebaut werden.
- 2.** Einführung einer generellen Meldepflicht für Sicherheitslücken. Die Meldung soll in einem abgestuften Verfahren (erst Verantwortliche, dann Öffentlichkeit) erfolgen.
- 3.** Ausweitung der Produkthaftung auf IT-Hersteller sowie Einführung

einer Cyber-Design-Verordnung.

- 4.** Eine deutliche Erhöhung der Investitionen in Open-Source-Software und in Open-Source-basierte IT-Sicherheitstechnologien sowie ihr Einsatz in den Behörden.
- 5.** Für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Bereich von Cybercrime, IT-gestützter Spionage und Angriffen auf die digitale Infrastruktur sind allein die Polizeibehörden zuständig. Geheimdienste, zu deren Aufgaben Infiltration und Spionage gehören, sind für die Schließung von Sicherheitslücken ungeeignet.
- 6.** Verbot des Einsatzes von Staats- trojanern, keine Nutzung oder An-

schaffung von Zero Day Exploits oder eingebauter Backdoors.

- 7.** Exportverbot für Überwachungssoftware.
- 8.** Keine Hackbacks durch staatliche Institutionen.
- 9.** Für regelmäßige Weiterbildung zu Fragen der IT-Sicherheit müssen in allen Bereichen des privaten und beruflichen Alltags Zeit und Ressourcen zur Verfügung stehen.
- 10.** Digitale Gewalt muss als eigenständiges Phänomen begriffen werden, für das eigene Statistiken, gesonderte, besonders geschulte Bereiche in den Behörden der Strafverfolgung und mehr Ressourcen für die Beratungsstellen erforderlich sind.
- 11.** Kein Ausbau der Cyberfähigkeiten der Bundeswehr und kein Einsatz der Bundeswehr zum Schutz kritischer Infrastrukturen im Inland.

Ein Schritt nach vorn

Licht und Schatten auf dem Europäischen Forum, das den Linken Europas als Diskussionsplattform dienen soll **VON HEINZ BIERBAUM**

Im November des vergangenen Jahres fand das 2. Europäische Forum im spanischen Bilbao statt. Diese Foren gehen auf einen Beschluss des Kongresses der Partei der Europäischen Linken (EL) in Berlin im Dezember 2016 zurück. Absicht ist es, eine breite Plattform für die Linke in Europa zu schaffen, die deutlich über das Spektrum der EL selbst hinausgeht und auch weitere progressive und ökologische Kräfte einbeziehen soll. So waren dieses Mal neben der EL auch der »Progressive Caucus« – ein Zusammenschluss von Vertretern der Linksfraktion GUE/NGL, der Socialists & Democrats und der Grünen im Europäischen Parlament – sowie die Bewegung »Génération.s.« bereits an der Vorbereitung beteiligt. Damit war das Spektrum etwas breiter als noch beim ersten Forum in Marseille. Beabsichtigt war insbesondere auch der Einbezug von Vertretern der Gewerkschaften. Das Europäische Forum versteht sich in Absetzung von den Sozialforen als politisches Projekt, um den politischen Diskurs unter linken Kräften zu fördern.

Während der Eröffnung sprachen auch Benoit Hamon, Gründer von »Generation.s.« und Ex-Präsidentenchaftskandidat der Sozialistischen Partei Frankreichs, und Gabi Zimmer, Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL. Immer wieder wurde die Schwäche der Linken beklagt und die Notwendigkeit der Einheit der Linken – bei Wahrung auch unterschiedlicher Positionen angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten – betont. Alle Vertreter unterstrichen die Notwendigkeit, ein neues Europa im Gegensatz sowohl zu Macrons autoritärem neoliberalen Projekt als auch zur extremen Rechten, wie sie von Salvini und Le Pen verkörpert werden, zu schaffen. Es sei Aufgabe der Linken, wie

der Hoffnung zu machen, für ein Europa der Solidarität zu kämpfen. Nach der Eröffnung gab es vier Plenen zu den Themen: »Ein neues Europa für eine neue Welt (Migration, Frieden, Internationaler Handel)«, »Für ein Europa der Gleichheit: Stopp dem Patriarchat«, »Ein neues solidarischeres ökonomisches Modell mit Investitionen in Arbeit und soziale Rechte« sowie »Ein Europa in einer ökologischen Übergangsphase«. Hinzu kamen gesonderte Versammlungen der Jugend, der Frauen und der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Im ersten Plenum wurde der Kampf für Solidarität, insbesondere mit den Migrant*innen, für Frieden und Internationalismus hervorgehoben. Für den 5. Mai 2019 wurde zu einer breiten Mobilisierung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgerufen. Das zweite Plenum befasste sich vor allem mit den Rechten der Frauen. Diskutiert wurden Themen wie die Gewalt gegen Frauen, die schlechte Entlohnung, die prekären Arbeitsbedingungen und Prostitution, wobei auf das Gesetz zur Abschaffung der Prostitution in Katalonien verwiesen wurde. Es wurde ein gemeinsamer Aufruf zu einem europaweiten feministischen Streik am 8. März 2019 beschlossen. Im dritten Plenum wurde

de in Zusammenhang mit der großen ökologischen Herausforderung vor allem auf die Notwendigkeit einer Energiewende abgehoben.

Es wurde eine Abschlusserklärung mit vier Arbeitsfeldern für das Jahr 2019 verabschiedet. So wird ein neues ökonomisches Modell sozialer und ökologischer Entwicklung vorgeschlagen, für das die finanziellen Ressourcen in Europa genutzt werden sollen. Ein zweites Arbeitsfeld betrifft die Geschlechtergerechtigkeit mit der Forderung nach Erarbeitung eines Protokolls, das die Geschlechtergleichheit in allen Sphären des Lebens vorsieht. Als dritter Schwerpunkt wird eine paneuropäische Konferenz für Frieden und kollektive Sicherheit vorgeschlagen sowie eine solidarische Migrationspolitik gefordert. Und schließlich wird in Zusammenhang mit der Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung die Erarbeitung einer Charta zur Respektierung der Souveränität der Völker vorgeschlagen. Es sind diese Aktionsfelder, die bis zu einem dritten Europäischen Forum in diesem Jahr kontinuierlich bearbeitet werden sollen, um so zu einer Konkretisierung und Vertiefung der Zusammenarbeit der linken Kräfte in Europa zu gelangen.

Mit rund 400 Teilnehmer*innen und Teilnehmer*innen war das Forum gut besucht. Obwohl etwas breiter als Marseille, wurde die Zielsetzung der Schaffung einer Plattform für die gesamte Linke

nicht ganz erreicht. Zwar waren alle Strömungen der europäischen Linken in unterschiedlicher Stärke und Prominenz vertreten, doch nach wie vor stehen verschiedene Strategien nebeneinander. Da ist zum einen die EL mit ihrer zurzeit in Arbeit befindlichen Plattform für die Wahlen zum Europaparlament, zum anderen »European Spring« (Europäischer Früh-



die Notwendigkeit eines öffentlichen Investitionsprogramms im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung gefordert sowie die Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen hervorgehoben und eine größere Rolle der Gewerkschaften eingefordert. Dabei spielte auch die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn eine Rolle. Und im vierten Plenum wur-



Karikatur: Klaus Stuttmann

GEDANKENSTRICH

ling) mit der Propagierung eines »New Deal«, der aus DiEM25 hervorgegangen ist. Jener Bewegung, die Griechenlands linker Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis gegründet hatte.

Und drittens ist die Kooperation von France Insoumise, Podemos, dem Bloco aus Portugal und skandinavischen Linksparteien unter dem Slogan »Maintenant le Peuple« mit Mélenchon an der Spitze zu nennen. »Maintenant le Peuple« (Jetzt das Volk) zeichnet sich durch eine scharfe Kritik an den europäischen Verträgen aus, zu deren Missachtung aufgerufen wird. Hier bedarf es sicherlich weiterer Anstrengungen, um einen wirklichen Dialog zwischen den verschiedenen Ansätzen in Gang zu bringen. Auf dem Forum selbst wurde nachdrücklich für eine Einheit der linken Kräfte plädiert. Dies schließt unterschiedliche Positionen nicht aus. Gerade die Vielfalt wird nicht als Hindernis, sondern durchaus als Bereicherung angesehen.

Gewerkschaften waren zwar etwas besser als in Marseille vertreten, doch gelang ihr beabsichtigter stärkerer Einbezug nur bedingt. Positiv zu vermerken ist allerdings, dass die durchgeführte Versammlung von Gewerkschaftern mit dem Schwerpunkt

DAS FORUM

»Um dieses Ziel zu erreichen und selbst in dessen Dienste stehend, schlägt die Europäische Linke allen verfügbaren Kräften in Europa vor, ein jährliches politisches Forum zu schaffen, das allen politischen, demokratischen und progressiven Kräften offen steht. Dieses Forum würde die Realisierung gemeinsamer Kämpfe unterstützen sowie den Versuch eines Machtausgleichs in Europa angehen. Es soll offen, plural und partizipativ sein, mit Bewegungen und Intellektuellen, hinarbeitend auf ein Arbeitsprogramm für ein gemeinsames Bündnis. Die Europäische Linke schlägt vor, das erste Forum im Herbst 2017 in Marseille abzuhalten.«

Beschluss des 5. Kongress der Europäischen Linken 2016 in Berlin

der Bekämpfung prekärer Arbeit, ein Erfolg war. Man war sich einig, in Zukunft auf der europäischen Ebene stärker zusammen arbeiten zu wollen.

Nicht ganz glücklich war die inhaltliche Anlage des Forums. Man war bestrebt, möglichst viele zu Wort kommen zu lassen. So gab es denn auch einen Marathon an vorbestimmten Beiträgen. Die Kehrseite dieser an sich löblichen Absicht war jedoch, dass damit eine wirkliche Diskussion nicht zustande kam. Zum anderen wurde die Redezeit extrem verkürzt, so dass fundierte Aussagen kaum möglich waren.

Insgesamt gesehen, war Bilbao jedoch eine wichtige Etappe für die Bemühungen der europäischen Linken, zur verstärkten Zusammenarbeit zu finden und sich als Alternative sowohl zur dominierenden neoliberalen Politik als auch zum Nationalismus und Rassismus der extremen Rechten zu profilieren. Aufbruchsstimmung vermittelte insbesondere die Versammlung der Jugend, die sich verstärkt in die europäische Politik der Linken einbringen will. ◀

Heinz Bierbaum ist Vorsitzender der Internationalen Kommission der Partei DIE LINKE

»Unser historisches Erbe«

DIE LINKE erinnert an die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands und zieht eine kritische Bilanz

Die Veranstaltung »100 Jahre KPD« machte schon Schlagzeilen, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Eine breite Front der Mahner und Warner – von »Bild« über den notorischen Hubertus Knabe bis hin zum Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger – hatte sich gebildet. Schließlich sollte im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhaus der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Dezember 1918 gedacht werden. Diese gemeinsame Veranstaltung der Berliner Linksfraktion und des Parteivorstandes der LINKEN an historischer Stätte weckte Befürchtungen bei Dregger, DIE LINKE wolle hier ihre eigenen Wurzeln »verniedlichen«. Doch den Rednerinnen und Rednern, die am 7. Januar in jenem Festsaal vor rund 150 Gästen sprachen, in dem die KPD 100 Jahre zuvor aus der Taufe gehoben worden war, stand der Sinn nicht nach Glorifizierung der Partei. Viele zogen eine durchaus kritische Bilanz ihres Wirkens, ohne die KPD zu verdammen. So empfahl Manuela Schmidt (DIE LINKE), Vize-Präsidentin des Abgeordnetenhauses, sich mit der Geschichte der KPD auseinanderzusetzen, denn »es ist unser historisches Erbe«. Der DISPUT dokumentiert hier einige der Reden in Auszügen:

Rhonda Koch

**Bundesgeschäftsführerin
Die Linke.SDS:**

»Kompass des politischen Handelns von Rosa Luxemburg war, dass die sozialistische Demokratie nur und ausschließlich von der Mehrheit der Arbeiterklasse erkämpft werden konnte. Für sie war jeder Versuch, in dieser Frage Abkürzungen zu gehen, zum Scheitern verurteilt. Noch beim Gründungsparteitag der KPD sagte sie: »Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine



Karl Liebknecht wurde nach seinem Tod zu einer Ikone der KPD

regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. [...] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als

kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.« [...]

Eine linke Partei führt also nicht einfach an – regiert nicht einfach die Masse – wie Rosa sagt, sondern organisiert, indem sie gesellschaftlich verankert ist. Das ist ein entscheidender Unterschied und wirkt sich aus in alle Kapillaren unseres eigenen politischen Aktivismus. Rosa war nicht lehrerinnenhaft, sie wollte die Menschen nicht zum Sozialis-

DIE GRÜNDUNG

Bereits am 14. Dezember 1918 hatte Rosa Luxemburg den Entwurf eines künftigen Parteiprogramms veröffentlicht. Vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 tagte im Preußischen Landtag der Gründungskongress der Kommunistischen Partei Deutschlands. Nur wenige Tage später verlor die KPD mit Luxemburg und Liebknecht zwei ihrer führenden Köpfe.

mus erziehen, sondern mit ihnen zusammen die Schritte, die zum Sozialismus führen, lernen – Zitat: »Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung«. Kaum eine Sozialistin hat so vehement an die Selbstermächtigung der Menschen geglaubt wie sie.«

Marcel Bois

Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum:

»In dieser Zeit gerieten auch die ausländischen kommunistischen Parteien immer stärker in Abhängigkeit von Moskau. Nun begegneten sie sich nicht mehr auf Augenhöhe. Besonders früh begann dieser Prozess in der KPD, weil sie die größte und wichtigste kommunistische Partei des Auslands war. Im Laufe der 1920er Jahre erlebte sie einen fundamentalen Wandel, den die Geschichtswissenschaft als »Stalinisierung« bezeichnet.

In den ersten Jahren ihrer Existenz war die KPD eine demokratische, pluralistische und diskussionsfreudige Partei. Doch nun orientierte sie sich unter der Führung Ernst Thälmanns zunehmend an der stalinisierten sowjetischen Schwesterpartei – und damit an dem Ideal einer militärisch disziplinierten, straff hierarchischen Organisation. Diskussionen wurden nun weitgehend unterbunden, Konflikte nicht politisch, sondern organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressalien »gelöst«. Kritikerinnen und Kritiker belegte das Zentralkomitee mit Redeverboten oder entfernte sie kurzerhand aus der Partei. Zehntausende Mitglieder verließen im Laufe der 1920er Jahre die KPD.

Nicht zuletzt wurden die Ansichten der KPD immer dogmatischer. Die Historikerin Sigrid Koch-Baumgarten hat das sehr prägnant formuliert, als

sie schrieb: »Die Sowjetunion wurde zum heiligen Land stilisiert, Marx, Engels, Lenin (...) wie Religionsstifter verehrt.«

Besonders fatal wurde diese Abhängigkeit von Moskau vor allem in einer Frage, nämlich im Umgang mit den immer stärker werdenden Nationalsozialisten. Die KPD bekämpfte zwar die Hitler-Partei, aber ihre führenden Köpfe verstanden trotzdem nicht, welche Gefahr von den Nazis für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ausging.«

Bernd Riexinger

Parteivorsitzender DIE LINKE:

»Natürlich läuft ein zeitlich begrenzter Vortrag über eine geschichtlich entscheidende Phase einer Partei immer Gefahr verkürzter oder auch vereinfachter Beurteilungen. Trotzdem will ich aus der Geschichte der KPD von ihrer Gründung bis zur Machtübernahme des Faschismus 1933 einige Schlussfolgerungen für unsere heutige linke Partei ziehen.

1. Demokratie und Sozialismus gehören zusammen. Die Worte von Rosa Luxemburg zur russischen Revolution haben heute noch Gültigkeit. »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«

2. Linke Parteien leben von le-

bendiger Diskussion und innerparteilicher Demokratie. Deshalb ist für mich die Existenz einer linkspluralistischen Partei mit verschiedenen Strömungen und Traditionslinien ein historischer Fortschritt. Sie kann nur als demokratische Mitgliederpartei gedacht und gelebt werden.

3. Für Linke muss es darum gehen, ihre Positionen bei der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentner zu verankern und sie für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Dabei geht es immer um die Organisation und Selbstorganisation der Menschen. Die hierzu notwendige Arbeit in den Gewerkschaften und den Betrieben, in den Wohngebieten, in der Gesellschaft, in gesellschaftlichen Initiativen, ist Basis linker Politik. Die Auffassung, dass nur eine Minderheit entschlossener Revolutionäre vorangehen muss, führt in der Regel zur völligen Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse. Ebenso die Meinung, es könnte populistische Abkürzungen geben.

4. Das Verhältnis zur Sozialdemokratie oder auch zu den sozialdemokratisch denkenden Menschen, deren Zahl weit über die Reichweite der SPD hinausgeht, ist auch heute noch eine wichtige Frage linker Politik. Wir können von der Idee der Einheitsfrontpolitik lernen. Das heißt, Angebote für den Kampf um konkrete Verbesserungen oder auch Reformen machen und gemeinsame Erfahren in Auseinandersetzungen und Kämpfen sammeln. Das darf keinesfalls mit opportunistischer Anpassung verwechselt werden.

5. Die Verharmlosung oder Unterschätzung der Gefahren rechter oder gar neofaschistischer Politik ist gefährlich. Falsch ist jedoch auch, jede rechte Politik als faschistisch zu charakterisieren. Das führt ebenfalls zu einer Verharmlosung des Faschismus und verkennt, zu welcher Brutalität und offenen Diktatur er in der Lage ist. ◀

Zur Psychologie der Vorurteile

Ein Blick in die Fachliteratur zeigt, wie man Rechtspopulisten das Wasser abgraben kann VON BENEDIKT BALL

Das Erstarken rechtsextremistischer Parteien in Europa und der Einzug der AfD in alle Landesparlamente und den Bundestag zeigen, dass Ressentiments gegenüber Fremden wieder salonfähig geworden sind. Die Beweggründe der Menschen in Deutschland, der AfD ihre Stimme zu geben, sind vielfältig. Allerdings treibt ein vorherrschendes Gefühl diese regelmäßig zu den Wahlurnen: die Angst vor Einwanderung und kultureller »Überfremdung« auf Grund von Vorurteilen gegenüber Fremden. Mit Blick auf die regionalen Unterschiede in der Zustimmung zu den migrationspolitischen Positionen der AfD bei der Bundestagswahl springt ein Widerspruch ins Auge: Die Anhängerzahl der AfD und die Zahl von Menschen

mit Migrationshintergrund vor Ort korrelieren negativ: je weniger Menschen mit Migrationshintergrund in einem Wahlkreis leben, desto höhere Zustimmung findet die AfD. In Sachsen wurde die AfD mit einem Zweitstimmenanteil von 27 Prozent stärkste Kraft, obwohl der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Land nur 7,2 Prozent beträgt (der Bundesdurchschnitt liegt bei 23,6 Prozent).

Vorurteile abbauen

Das führt zu der Frage, wie es sein kann, dass Menschen immer dann in besonderem Maße Vorurteile gegenüber Fremden pflegen, wenn sie wenig oder gar keinen Kontakt mit die-

sen haben. In diesem Artikel wird ein psychologischer Ansatz vorgestellt, welcher diesen Befund erklären kann.

Zur Entstehung von Vorurteilen gibt es verschiedene theoretische Modelle. Zu den Klassikern in der Psychologie zählt die sogenannte Kontakthypothese des renommierten Psychologen Gordon Allport. In seinem Buch »Das Wesen des Vorurteils« aus dem Jahre 1954 definierte dieser Vorurteile als »eine Antipathie, die sich auf eine fehlerhafte und starre Verallgemeinerung gründet. Sie kann ausgedrückt oder auch nur gefühlt werden. Sie kann sich gegen eine Gruppe als ganze richten oder gegen ein Individuum, weil es Mitglied einer solchen Gruppe ist«. Allport war der Überzeugung, dass



Foto: Pixabay

Vorurteile durch statusgleichen Kontakt zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen zwecks Verfolgung gemeinsamer Ziele verringert werden könnten. Die Wirkung werde enorm verstärkt, wenn dieser Kontakt institutionell gestützt werde (also per Gesetz, Tradition oder lokaler Stimmung) und wenn vorausgesetzt sei, dass dieser Kontakt zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und gemeinsam empfundener Menschlichkeit zwischen den Mitgliedern der beiden Gruppen führe.

Die Idee, dass also der Kontakt zu Mitgliedern einer fremden Gruppe Vorurteile abbauen kann, wurde in der Folge in einer Vielzahl von Studien belegt. Eine Meta-Analyse von Pettigrew und Tropp (2008) ergab, dass 94 Prozent der einschlägigen

Studien die Kontakthypothese stützen. Eine Meta-Analyse fasst mehrere Einzelstudien zu einer bestimmten Fragestellung statistisch zusammen, wodurch sie eine besondere Aussagekraft erhält. Darüber hinaus konnten Pettigrew und Tropp die Mechanismen beschreiben, auf welche Weise der Abbau von Vorurteilen geschieht: Wissen über die Fremdgruppe wird vergrößert, Ängste gelindert und letztlich wird Empathie mit den Individuen der Minderheit möglich.

Es leuchtet ein: Statt medial vermittelter, stereotyper Vorstellungen, wie »der Muslim« ist, lernt der »Bio-Deutsche« Karl, der sich in seiner Nachbarschaft mit Menschen muslimischen Glaubens anfreundet, dass »der Muslim« Yusuf heißt, genauso Mensch wie er selbst ist und ebenso Träume, Bedürfnisse und Sorgen hat. Statt kruder, schablonenartiger Gruppenwahrnehmung lernen Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft im Kontakt zu Vertretern der Minderheit, Individuen in ihrer ganzen Einzigartigkeit zu sehen. Dies gilt umgekehrt natürlich genauso.

Was folgt daraus für die Migrationspolitik? Statt in Flüchtlingsheimen oder Ankerzentren sollten Geflüchtete dezentral in Wohnungen untergebracht werden, um nachbarschaftlichen Kontakt zwischen Geflüchteten und Einheimischen zu ermöglichen. Initiativen, welche Begegnungen zwischen Geflüchteten und Deutschen zum Ziel haben, müssen gefördert werden. Es braucht eine wirkliche »Willkommenskultur«, die darüber hinaus effektive Sprachkurse und vor allem ein uneingeschränktes Arbeitsrecht für Geflüchtete beinhaltet. Nur dann kann dem Gären des Rechtspopulismus Einhalt geboten werden. ◀

Benedikt Ball ist Diplom-Psychologe und arbeitete als Praktikant in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Dieser Artikel entstand im Rahmen seines Praktikums.

FREMDENHASS WEIT VERBREITET

In der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« fallen die Zustimmungswerte in ganz Deutschland besonders hoch aus. Komplementär zur Aufwertung der Eigengruppe (»Chauvinismus«) misst die Ausländerfeindlichkeit die Abwertung und Aggression gegenüber einer konstruierten Fremdgruppe, »den Ausländern«, denen pauschal und kollektiv das Ausnutzen des Sozialstaates unterstellt wird, die auf dem Arbeitsmarkt nur auf Zeit geduldet werden und deren Anwesenheit als »Überfremdung« der Bundesrepublik wahrgenommen wird. Auf der einen Seite wird in dieser Dimension also rassistisch motiviertes Konkurrenzdenken auf dem Arbeitsmarkt (ökonomisch motivierte Ausländerfeindlichkeit) erfragt, auf der anderen Seite eine völkische Überfremdungsvorstellung. Die Aussagen dieser Dimension treffen besonders in den neuen Bundesländern auf beträchtliche Zustimmung: Zum Teil werden sie von fast jedem Zweiten manifest bejaht. Doch auch in den alten Bundesländern hält sie jeder Dritte bis Vierte für Zustimmungswürdig. Außerdem fällt auf, dass diese drei Aussagen nur von einer Minderheit der Befragten explizit abgelehnt werden. Die Ausländerfeindlichkeit ist damit weiterhin im gesamten Land stark verbreitet und überdies die Einstellung, die in der Forschung als »Einstiegsdroge« in den Rechtsextremismus gilt: Die Hemmschwelle, rechtsextremen Gruppierungen in dieser Frage zuzustimmen, ist besonders niedrig.

Quelle: Leipziger Autoritarismus-Studie 2018



Foto: Martin Heinlein

■ ■ **Berlin.** Karl Liebknecht war zeitlebens ein engagierter und kampfentschlossener Sozialist und Antimilitarist, der gerade deshalb unter den Arbeiterinnen und Arbeitern große Sympathien genoss. Am 9. November 1918 rief Liebknecht von einem Balkon des Berliner Stadtschlösses die »freie sozialistische Republik« aus. In den folgenden Tagen und Wochen sprach er auf ungezählten Kundgebungen und forderte die Errichtung der Räterepublik in Deutschland. Sein gewaltsamer Tod am 15. Januar 1919 sollte den Kampfeswillen seiner Genosseninnen und Genossen brechen. Doch das Gegenteil war der Fall. DIE LINKE erinnert mit einer Fotoausstellung im Berliner Karl-Liebknecht-Haus an den großen Sozialisten. Die Bilder aus seinem Leben sind noch bis zum 15. Februar 2019 der Öffentlichkeit zu-

gänglich. Die Ausstellung ist kostenlos und kann werktags zwischen 10 und 17 Uhr in der Kleinen Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, besucht werden.

■ ■ **Sachsen-Anhalt.** Die AfD hat sich über Monate hinweg gemeinsam mit der FDP im Bundestag vehement für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages eingesetzt. Zu diesem Vorgehen, mit dem sich die AfD gegen die weitere Unterstützung für den Aufbau Ost wendet, erklärte Thomas Lippmann, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt: »Während die AfD im Landtag in der Debatte zum Landeshaushalt versucht hat, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, stimmt ihre Partei im Bundestag für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Damit wendet sich die AfD gegen die weitere Finanzierung des

Aufbaus Ost und will eine Steuer abschaffen, die vor allem von den Besserverdienenden getragen wird. Das ist schlecht für Sachsen-Anhalt und ein Schlag ins Gesicht der ostdeutschen Bevölkerung.« Statt darauf zu drängen, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte besonders in den östlichen Bundesländern weiter zu verbessern, wolle sie den Bereichen das Geld entziehen, die nicht in ihr politisches Konzept passe, so Lippmann.

■ ■ **Bremen.** Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft wendet sich mit einem Bürgerchaftsantrag gegen weitere Zugangshürden zu Psychotherapien. Sie kritisiert die Pläne von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für die Einführung einer gestuften und gesteuerten Versorgung beim Zugang zu Psycho-

therapien. DIE LINKE fordert den Bremer Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Streichung der betreffenden Passage im Gesetzesentwurf einzusetzen. Der Entwurf für das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) sieht eine vorgeschaltete Begutachtung der therapiebedürftigen Person, vor der eigentlichen Psychotherapie vor, um die Dringlichkeit der Behandlung einzustufen. Besonders schwerwiegenden Fällen soll damit ein schnellerer Zugang zu einer Therapie erleichtert werden. »Das Bemühen, einen niedrigschwelligen Zugang zu einer Behandlung zu ermöglichen, wird mit dieser Idee völlig ad absurdum geführt«, erklärt Peter Erlanson, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion. »Betroffene werden gezwungen, ein weiteres Mal ihre seelischen Problemlagen und Verletzungen vor einem anderen Menschen offenzulegen. Dies ist nach unserem Empfinden für viele Menschen eine zusätzliche Hürde auf dem Weg zu einer Therapie, aber keine Erleichterung und somit völlig kontraproduktiv«, so Erlanson.

■ ■ **Sachsen.** Zur Beobachtung von »Pro Chemnitz« durch den sächsischen Verfassungsschutz (LfV) erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE: »Der Schritt, das extrem rechte Bündnis »Pro Chem-

Fünf
vor zu
spät

nitz ins Visier zu nehmen, war überfällig – und hätte schon viel zeitiger gegangen werden müssen! Das LfV selbst teilt mit, dass die Hauptprotagonisten der Gruppierung innerhalb der extremen Rechten »schon langjährig aktiv sind und dort »unter anderem langjährige Holocaustleugner« unterstützen. Das war Szenebeobachtern allerdings längst klar.« Es liege auf der Hand, so Köditz weiter, dass das auch für das LfV keine ganz neuen Informationen gewesen sein könnten: »Über Verbindungen ins militante braune Milieu – unter anderem zu den verbotenen »Nationalen Sozialisten Chemnitz« – berichteten Medien schon im September vergangenen Jahres und beriefen sich auf Verfassungsschutz-Unterlagen, die mehr als fünf Jahre alt sind.«

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern.** Anlässlich der Sachverständigenanhörung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung der Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Mecklenburg-Vorpommern am 11. Januar erklärte der Obmann der Linksfraktion, Peter Ritter: »Die heutige Anhörung hat deutlich gemacht, wie dringend notwendig die Aufklärungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern ist. Neben direkten Kontakten zum NSU-Kerntrio, zeigten die Sachverständigen auf, wie eng die Neonaziszene

Für Europa ist es fünf vor zwölf«, »Es ist fünf vor zwölf: Arktiseis weiter auf dem Rückzug«, »Für die SPD ist es fünf vor zwölf«: Diese kleine Auswahl an aktuellen Schlagzeilen belegt eindrücklich, wie gern und häufig die Phrase »fünf vor zwölf« gebraucht wird. Die Zeitangabe, die längst zur Metapher geworden ist, soll uns aufrütteln und deutlich machen, dass umgehend gehandelt werden muss. Mal ist es ein dringend benötigter Fahrradweg, mal das Weltklima, mal die Zukunft eines Streichelzoos oder die sportliche Situation eines Regionalligisten aus Mecklenburg-Vorpommern. Dabei sollte die Phrase nicht verwenden, wer seine Mitbürgerinnen und Mitbürger wirklich zum Handeln animieren will. Denn wer fünf vor zwölf in Dresden feststellt, dass er um 12 Uhr in Hamburg den ICE kriegen wollte, der wird seinen Zug verpassen. Selbst der Hochgeschwindigkeitszug »Hyperloop«, den der begnadete Selbstvermarkter und Tesla-Investor Elon Musk mit 1.200 Stundenkilometern durch Röhren rasen lassen will, könnte diese Strecke nicht in fünf Minuten bewältigen. Zumal man ja auch noch Zeit für den Umstieg einplanen müsste. Wenn es »fünf vor zwölf« ist, dann ist es oft schon zu spät. Dabei soll die Phrase doch eigentlich ein Weckruf sein. Doch bewirkt sie das Gegenteil: Statt alarmierter Bürgerinnen und Bürger, sitzen fatalistische Zynikerinnen und Zyniker vor den Bildschirmen und Zeitungen der Republik. Schließlich suggeriert man so, dass es eigentlich schon zu spät ist. Und wer ständig darauf hinweist, dass es bereits »fünf vor zwölf« ist, ohne dass die prophezeigte Katastrophe eintritt, dem hört man irgendwann nicht mehr zu. Da bleibt nur noch die Flucht nach vorn. Die »Märkische Zeitung« etwa schreibt mit Blick auf den Drogenkonsum von Schülern in Rathenow: »Es ist fünf nach zwölf«.

Fabian Lambeck

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

Mecklenburg-Vorpommerns mit dem NSU-Unterstützernetzwerk verbunden ist. Dies betrifft unter anderem den inzwischen verurteilten NSU-Unterstützer André Eminger. Unsere Thüringer Kolleginnen konnten uns aber nur die offenkundigen Ansatzpunkte liefern. Die präzise Aufklärungsarbeit muss nun hier geleistet werden«, machte Ritter deutlich.

■ ■ **Sachsen-Anhalt.**

Nach wie vor besteht eine eklatante Rentenungerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen. Daher hat die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt im Dezember-Plenum einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, hier schnellstmöglich Gerechtigkeit herzustellen. Dazu erklärte Katja Bahlmann, renten-, senioren- und ostpolitische Sprecherin der Fraktion: »Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene einzusetzen, dass ein steuerfinanzierter Ausgleichsfonds zur Entschädigung der betroffenen Frauen eingerichtet wird, die Entschädigung aus diesem Ausgleichsfonds unbürokratisch beantragt werden kann.« Der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen greife zu kurz, so Bahlmann. »Ein Härtefallfonds reicht hier bei weitem nicht aus, denn es geht nicht um Almosen, sondern um die Anerkennung von Lebensleistung, Erziehungsleistung und Entschädigung für erlittenes Unrecht.«

Kuba im Fokus

DIE LINKE lädt - in Zusammenarbeit mit der AG Cuba Sí und dem Ältestenrat - zu einem Treffen nach Berlin

Kuba feiert 2019 den 60. Jahrestag der Revolution. In all den Jahren hat das Land seinen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus gegen alle Angriffe verteidigt. Kuba gilt seitdem insbesondere für die Länder Lateinamerikas und des Globalen Südens als Beispiel für einen eigenen, friedlichen Weg und große soziale Errungenschaften. Mit unserer Konferenz möchten wir einen Blick auf das heutige Kuba werfen. Dafür haben wir Gäste aus Kuba eingeladen, die mit uns über den gegenwärtigen Prozess der Verfassung sowie über Kubas Stellung in Lateinamerika sprechen werden. Diskutieren möch-

ten wir auch über die Auswirkungen der aktuellen Politik der US-Regierung und über die Rückschläge der lateinamerikanischen Linken. ◀

Programm

10 Uhr: Begrüßung durch den Botschafter der Republik Kuba Ramon Ignacio Ripoll Diaz und des Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE Bernd Riexinger

10.40: Input und Diskussion: Kuba gibt sich eine neue Verfassung

13.30: parallele Workshops: das System der zwei Währungen in Kuba; Kubas Programm »Tarea Vida« gegen den Klimawandel; die extraterritori-

ale Auswirkungen der US-Blockade.

16.00: Podium: Kuba in Lateinamerika: welche Auswirkungen hat der Rechtsruck in Lateinamerika und wie ist die Linke aufgestellt?

17.30: Abschluss und Ausblick mit kubanischen Gästen, mit Vertreter*innen des Parteivorstandes, des Ältestenrates und Cuba Sí

18.15: Filmvorführung »Por la vida« (Einsatz kubanischer Ärzt*innen im Ebolagebiet in Westafrika 2014), Musik und Mojito

26. Januar 2016, 10 bis 20 Uhr
ND-Gebäude, Münzenbergsaal
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von 12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von 21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder bitte um Rechnungslegung (gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Abonnement und geben sie nur an Dritte weiter, wenn dies zur Vertragserfüllung unbedingt erforderlich ist (Abonnement- und Adressverwaltung sowie Zustelldienst). Weitere Informationen zu den Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Datum, Unterschrift

**Coupon bitte senden an:
Partei Vorstand DIE LINKE, Redaktion DISPUT
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin**

Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de

Wenn eine Ordnung nicht in Ordnung ist, ist es in Ordnung, sie ordentlich zu verändern!



Als Frau Merkel am Jahresende zum wichtigsten Gipfel der Europa-Union nach Argentinien eilen wollte, musste ihr Regierungs-Airbus umkehren und notlanden. Sie kam dann mit einer Linienmaschine zu spät an. Das war peinlich, denn es ging um die Klimakrise, die Brexitkrise, die Eurokrise und Handelskrise. Und die deutsche Kanzlerin war doch als »mächtigste Frau der Welt« lange Zeit der Mast in der Manege der EU. Wie ihr Sicherheitsstab später mitteilte, lag aber keine islamistische Sabotage vor. Es gab nur eine »kalte Lötstelle« in einem kleinen Transformator. So war durch Pfuscher und fehlende Kommunikation der Weiterflug unmöglich. Ähnliche Gründe ließen im Frühjahr 2018 ja auch »Stahlhelm-Uschi« von der Leyen mit einem Frachtgut-Transporter weiterreisen. Beide Damen mussten lernen, dass auch über den Wolken die Freiheit nicht grenzenlos ist, weil die Angst immer mitfliegt. Die schlimmsten Ängste verbreitet weltweit immer noch US-Präsident Trump. Der hat in zwei Dienstjahren drei Staaten mit der »Ausrottung« gedroht. Doch nun kam als »Wunderkerze« eine Friedenserklärung über seine Twitter Tasten: Die islamistischen Ultras in Syrien

seien besiegt. Er werde deshalb seine Truppen dort abziehen und in Afghanistan halbieren! Worauf sein ahnungsloser Stabschef wegen »kalter Lötstelle« bei Trump abtrat. Nun muss man bei Mister Trump aber immer den nächsten Tweet abwarten. Prompt drohte er tags darauf, den Iran »in Staub zu verwandeln«, wenn der nicht zu Kreuzen kriecht. Und Putin möge sich warm anziehen, nachdem nun eine neue Runde im Wettrüsten eingeläutet ist! Worauf Putin antwortete, dass seine Spezies weder faul noch doof sind und eine »Hyper-Schall-Rakete« gebastelt haben – ohne kalte Lötstellen. Neuer Funkenflug droht auch von der britischen Insel. Nachdem endlich klar wird, was der britische Austritt aus der Europäischen Union für Folgen für ganz Europa hat, könnte es zu einem Brexit aus dem Brexit durch ein zweites Referendum kommen. Merke: Wer dem Volk die Gesetze nicht plausibel begründen kann oder will, produziert eine »kalte Lötstelle«, die bricht! Die deutsche Kriegsministerin glaubt aber noch immer, dass unsere Freiheit am Hindukusch in Afghanistan verteidigt werden muss. Obwohl dort die stärkste USA der Welt nach 18 Jahren Kriegsführung die Fahne sieglos einrollen muss. Die Taliban haben bereits 60 Prozent des abgebrannten Landes unter Kontrolle. Der Drogenhandel blüht. Die Korruption lähmt Regie-

rung und Wirtschaft. Die Soldatengräber sind unübersehbar. Aber die Bundeswehr wird wohl zur Entlastung von Mr. Trump nachrüsten – für seine innere Freiheit im Wahlkampf. Warum kratze ich hier den »Sperrmüll« der gewaltsamen Konfliktlösungen zusammen? Weil ich weder kapiere noch akzeptieren kann, warum alle Kriegsparteien in Europa und der Welt Zuschüsse erhalten und alle Friedens-Fanatiker in die Ecke gedrängt werden. Trotz der ruinierten amerikanischen Autobauer und Farmer, der ernüchterten Briten, der gelben Westen in Frankreich, der betrogenen Hartz-IV-Opfer, Dieselfahrer und Antifas in Deutschland. Wann begreifen wir endlich in ausreichender Mehrheit, dass das systembedingte Streben der Finanzoligarchie und Monopole nach Macht und Besitz und das Streben der Völker nach Frieden und Wohlfahrt nicht unter einen Helm passen? Das ist doch eine »kalte Lötstelle«! Da gibt es keinen Kontakt, der uns Sicherheit garantiert. Da rettet keine Neujahrsandacht und keine Hysterie bei der Systemverteidigung. Wenn eine Ordnung nicht in Ordnung ist, ist es in Ordnung, sie ordentlich zu verändern! Anders kann die Menschheit keine Notlandungen vermeiden.

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

Die »kalte Lötstelle«

Flucht vor der Revolution

Vor einhundert Jahren konstituierte sich die Deutsche Nationalversammlung in der thüringischen Dichterstadt Weimar **VON RONALD FRIEDMANN**

Am 30. Januar 1919 empörte sich Kurt Rosenfeld, ein langjähriger Freund von Rosa Luxemburg und Vertreter der USPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, über die Entscheidung der zuständigen Behörden, die wenige Tage zuvor gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammenreten zu lassen: »Jeder Deutsche, ja jeder Europäer, der Weimar betritt, tut es sicherlich mit Ehrfurcht gegen die großen Männer, die in Weimar gelebt und gewirkt haben. Wie ein Idyll wirkt ja doch dieses kleine Städtchen [...]. Aber in dieses Idyll die revolutionäre Deutsche Nationalversammlung hineinzulegen, das ist doch ein Unding! In Berlin schlägt das Herz der Revolution, und Berlin war also der gegebene Ort, um die Geschichte des deutschen Volkes durch die Nationalversammlung für weite Zukunft festzulegen.«

Hinter den Rücken von Goethe und Schiller tagte die Nationalversammlung
Foto: Pixabay



Doch Rosenfeld konnte und wollte wohl auch nicht sehen, dass die Nationalversammlung keineswegs »revolutionär« war und dass sie gerade deshalb vor einer Revolution floh, deren Flamme in Berlin und anderen großen Städten noch immer loderte. Vielmehr sollte es nach dem Sturz der Monarchie und der Errichtung einer bürgerlichen Republik in Deutschland im November 1918 Aufgabe der Nationalversammlung sein, weitere revolutionäre Veränderungen, nicht zuletzt die dauerhafte und wirksame Etablierung der Räte-macht, unbedingt zu verhindern. Ursprünglich hatte Friedrich Ebert, der seit dem 9. November 1918 an der Spitze des »Rates der Volksbeauftragten« stand, sogar die Ausrufung der Republik abgelehnt und die Entscheidung über die Staatsform – also Republik oder parlamentarische Monarchie – einer künftigen Nationalversammlung überlassen wollen. In dieser Frage war er von den revolutionären Ereignissen allerdings überrollt worden. Doch die Entscheidung über die in den Novembertagen immer wieder geforderte »Sozialisierung«, also die Verstaatlichung der großen Unternehmen, insbesondere im Bergbau und in der Hüttenindustrie, konnte von der »Revolutionsregierung« aus SPD und USPD der Nationalversammlung »übertragen« und damit auf den sprichwörtlichen Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt werden. Mehr noch: Ebert und Co. gelang es sogar, vom Reichsräte-kongress, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagte und der mehrheitlich von den Delegierten der SPD dominiert wurde, die Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung zu erhalten. Damit hatten sich die Räte de facto selbst die Legitimation entzogen, weiterhin als Instrumente der Revolution zu wirken.

Wie bereits am 30. November 1918 festgelegt, wurde die »verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung«, so die offizielle Bezeich-

nung, am 19. Januar 1919 gewählt. Das Wahlalter war auf 20 Jahre herabgesetzt worden, und zum ersten Mal durften auch Frauen bei einer reichsweiten Wahl ihre Stimme abgeben. Trotzdem lag die Wahlbeteiligung mit 83 Prozent knapp unter der Wahlbeteiligung bei den letzten Reichstagswahlen der Kaiserzeit im Januar 1912.

Erwartungsgemäß wurde die SPD mit 37,9 Prozent der Wählerstimmen stärkste Partei, doch sie verfehlte die absolute Mehrheit deutlich. Auf Platz zwei und drei folgten die katholische Zentrums-partei (19,7 Prozent) und die liberale Deutsche Demokratische Partei (18,5 Prozent). Diese drei Parteien bildeten die sogenannte Weimarer Koalition, die zunächst bis März 1920 die Reichsregierung stellte.

Die USPD schnitt überraschend schlecht ab – sie erhielt nur 7,6 Prozent der Stimmen. Die wenige Tage zuvor gegründete KPD hatte eine Teilnahme an den Wahlen abgelehnt.

Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung in Weimar zu ihrer ersten Tagung zusammen. Von den 423 Abgeordneten, unter ihnen 37 Frauen, stand nicht nur die Aufgabe, eine neue Reichsverfassung zu erarbeiten und zu beschließen. Sie hatten sich als höchstes deutsches Parlament auch mit Fragen der aktuellen Tagespolitik zu befassen. Daher verabschiedete die Nationalversammlung am 10. Februar 1919 zunächst ein »Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt« und wählte Friedrich Ebert zum amtierenden Reichspräsidenten. Philipp Scheidemann wurde mit dem vorläufigen Titel eines Reichsministerpräsidenten zum Regierungschef ernannt und mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt. Doch sein »Kabinett Scheidemann« hatte nur wenige Monate Bestand: Die Auseinandersetzungen um den Versailler Vertrag brachten der jungen Republik – nach dem Rücktritt der USPD-Minister am 29. Dezember 1918 – bereits die zweite Regierungskrise. ◀



Wohlbehütet und doch nicht glücklich. Das Kind einer Millionärsfamilie samt strenger Mama Foto: Generation Wealth

■ **Generation Wealth**

Die US-Amerikanerin Lauren Greenfield ist Fotografin. Eine ihrer ersten großen Reportagen führte sie nach Lateinamerika, sie dokumentierte Kinderarbeit. Das Magazin »National Geographic« hat sie beauftragt, aber die Geschichte wird nie gedruckt. 25 Jahre ist das her – Greenfield fällt damals eine Entscheidung: Warum nicht zu Hause arbeiten? Ihre eigene Kultur gibt genug her. Statt Armut fotografiert sie jetzt das Gegenteil: den beinahe grenzenlosen Reichtum in ihrem Heimatland. Material findet sich genug: Musiker mit Tischen voller Geld, steinreiche Investmentbanker beim Zigarre rauchen, die Kardashian-Kinder beim Schule schwänzen.

Mit ihrem Film zieht sie ein Fazit ihrer Kameraarbeit. Sie interviewt die Menschen, die sie porträtiert

hat. Es gilt: Am besten bist du reich. Oder du fühlst dich wenigstens so. Danach kommt lange nichts und dann der Tod. Dass sich diese recht einfachen Wertmaßstäbe auch woanders wiederfinden lassen, zeigt ein Ausflug nach China. Ein Millionär macht ganz plastisch klar, woher er seine Überzeugungen bezieht: Die Vorlage fürs Eigenheim liefert das Weiße Haus, im Garten steht der Präsidentenfelsen Mount Rushmore.

Der Film zeigt die Auswüchse des Turbo-Gesamtkapitalismus. Er bietet seltene Einblicke in Verteilungskämpfe, wie sonst nur die Marx-Engels-Gesamtausgabe, und lässt ahnen, warum so etwas wie Sozialismus entsteht.

→ Kinostart: 31. Januar 2019

■ **The Hate U Give**

Wie die Faust aufs Auge passt da unser zweiter Filmtipp. Das Leben von Starr Carter, Heldin in »The Hate U Gi-

ve«, spielt sich zwischen zwei sehr verschiedenen Welten ab: Auf der einen Seite das arme, hauptsächlich von Schwarzen bewohnte Viertel Garden Heights, in dem sie lebt, und zum anderen gibt es die reiche, hauptsächlich von weißen Jugendlichen frequentierte Privatschule, die sie besucht. Denn ihre Eltern wollen für ihre Kinder den sozialen Aufstieg und eine Perspektive über das Ghetto hinaus. Das empfindliche Gleichgewicht zwischen diesen sozialen Sphären gerät aus den Fugen, als sie Zeugin wird, wie ihr Freund Khalil von einem Polizisten erschossen wird. Als einzige, die bei den Vorgängen dabei war, muss sie vor einer Grand Jury aussagen. Es hängt von ihr ab, ob ein Gerichtsverfahren eröffnet wird. Währenddessen werden die Proteste der schwarzen Bevölkerung immer heftiger, es kommt zu Rangeleien mit der Polizei, zu Brandstiftungen und Überfällen. Der mächtigste Drogendealer des Viertels will Starr aus dem Weg räumen, Khalil hatte für ihn gearbeitet. Von der anderen Seite erhält sie Morddrohungen.

In diesem Film verlaufen die Fronten aber nicht klar. Da gibt es den schwarzen Polizisten, der das Handeln seines Kollegen verteidigt. Khalil dealte wiederum nicht einfach so, er brauchte Geld für die Operation seiner Großmutter.

→ Kinostart: 7. Februar 2018



UNTERGANG
IM DIGITALEN
ZEITALTER

GELESEN VON
INGRID FEIX

BAUKUNST

»Kunst am Bau« ist ein integrales Element der Baukultur in Brandenburg und Teil der Bauherrenaufgabe, die das Land wahrnimmt. Mit den einzelnen Projekten und Kunstwerken wollen wir zukünftig besonders Aufmerksamkeit und Akzeptanz in der Öffentlichkeit für Landesneubauten wecken, Standorten ein zusätzliches Profil geben sowie die Identifikation der Nutzer mit ihrem Bauwerk stärken«, erklärte Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski am 10. Januar 2019. Wie gut das schon in der Vergangenheit gelungen ist, belegen zahlreiche »Kunst am Bau«-Projekte, die der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) als fachkundiges Organ der öffentlichen Hand bei Landesbauten umgesetzt hat. Am 1. Januar 2019 ist die überarbeitete Richtlinie für die Durchführung von »Kunst am Bau« im Land Brandenburg in Kraft getreten. Die neuen Regelungen gehen weit über den alten Inhalt der Richtlinie hinaus.

KOSTENFREI

Mehrere Chemnitzer Museen sollen künftig einmal im Monat kostenfrei ihre Türen für alle Besucher öffnen, meldete die »Freie Presse« vor wenigen Tagen. Auf Antrag von LINKEN, Grünen und SPD habe der

Das Ende der Welt zu erleben, ohne dass die Welt tatsächlich untergeht, ist das große Thema des Romans«, sagte Daniel Galera, der 40-jährige erfolgreiche brasilianische Autor über »So enden wir«. Ein Thema nicht nur im Roman. Es ist das Jahr 2014. In Brasilien gibt es nicht nur eine Fußballweltmeisterschaft, sondern eine Wirtschaftskrise, die wesentlich wichtiger für Land und Leute ist. Bei glühender Hitze herrschen in Porto Alegre, der Stadt, die »fröhlicher Hafen« heißt, komaähnliche Zustände. Auf offener Straße stirbt Duke, ein talentierter Szeneautor, bei einem Raubüberfall. An seinem Grab treffen sich die alten Jugendfreunde wieder, die vor etwa 15 Jahren zwanzigjährig noch ein unschlagbares Quartett als digitale Avantgarde bildeten. Mit einem Online-Magazin waren sie einst Protagonisten einer neuen Gegenkultur aus der Erkenntnis, dass die Evolution des Menschen ihn dazu geführt hat, seine eigene Umwelt zu zerstören. Doch die analoge Welt meldete sich und große Konzerne übernahmen das Internet, vermarkteten sogar ihre unangepassten Ideen. Die einstigen Helden der digitalen Welt zogen sich zurück. Aurora, als einzige Frau unter ihnen, ist dabei ihren Biologie-Doktor zu machen und muss sich immer wieder in einer Männerwelt durchsetzen. Emiliano sieht sich inzwischen als »abgefackter freiberuflicher Journalist« auch Aufträge wegen des Geldes annehmen, die ihm eigentlich zuwider sind. Antero, der Kommunikationswissenschaftler mit seiner Liebe zu Struktur und Ästhetik, schwimmt in seinen Vorträgen gegen den herrschenden Informationsüberfluss, indem er immer wieder de Sades »Sodom« vorführt. Und Duke, der geniale Schriftsteller und digitale Bohemien, der eigentlich auch schon Selbstmord begangen hat, indem er sich aus allen sozialen Netzwerken verabschiedete? Das digitale Zeitalter geht weiter.

Daniel Galera
So enden wir
Roman
Aus dem brasilianischen
Portugiesisch
von Nicolai von Schweder-Schreiner
Suhrkamp Verlag
232 Seiten, 22 Euro



Stadtrat dafür 45.000 Euro in den Doppelhaushalt 2019/20 eingestellt, so die Zeitung. Das Angebot sollte laut Stadtverwaltung voraussichtlich ab April gelten. An welchem Tag der Eintritt erlassen wird, steht noch nicht fest. Beteiligt werden sich die Einrichtungen der Kunstsammlungen Chemnitz, darunter die Kunstsammlungen am Theaterplatz, Museum Gunzenhauser, Schloßbergmuseum, Henry-van-de Velde-Museum und Burg Rabenstein sowie das Museum für Naturkunde und die Neue Sächsische Galerie.

LEHRERMANGEL

Die Bildungsgewerkschaft GEW schlägt Alarm: Bei den aktuellen Besetzungsverfahren für die Schulen in NRW droht besonders im Ruhrgebiet extremer Personalmangel. Dazu erklärt die schulpolitische Sprecherin der LINKEN, Sonja Neuhaus: »Lehrermangel herrscht hier schon seit vielen Jahren, verantwortet von sämtlichen Landesregierungen aus CDU, SPD, FDP und GRÜNEN. Vielen Schulen im Ruhrgebiet droht nun der Notstand durch fehlende Bewerbungen.« Bereits jetzt fehlen an Grundschulen in NRW bereits über 1.100 Lehrerinnen und Lehrer. Duisburg ist dabei mit 112 Stellen weit überdurchschnittlich betroffen. Die GEW fordert daher jetzt eine Verteilung durch die zentralen Stellen wie bei der Polizei.

Das Jahr 1968 – kaum ein anderes hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland solche gesellschaftlichen Spuren hinterlassen wie dieses. Vieles von dem, was damals erreicht wurde, gilt heute als so selbstverständlich, dass kaum noch jemand daran denkt, wie leidenschaftlich darum gestritten werden musste. Der seinerzeit erhobene Anspruch auf eine soziale, solidarische und partizipative Demokratie ist damals wie heute tägliche Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten.

Dass dieser Kampf heute noch täglich ausgefochten werden muss, wird vor allem daran deutlich, dass heute genauso wie damals wieder neue und alte Nazis versuchen, einen »Schlussstrich« unter die Aufarbeitung der Gräueltaten der Nazi-Diktatur zu ziehen. Genauso wie die Aktivistinnen und Aktivisten der 68er-Bewegung sich gegen die restaurative Epoche der Nachkriegsbundesrepublik auflehnten und die offene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einforderten, müssen wir heute gegen das Vergessen und Verdrängen, angeführt von PEGIDA und AfD, vorgehen. »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« – dieses Bekenntnis bleibt aktuell.

Aber nicht nur der Antifaschismus war Bewegungsgrund für 1968. Der Kampf für Frauenrechte und Gleichberechtigung wurde durch die 68er zu einem dauerhaften politischen Thema. Erst seit 1977 brauchen Ehefrauen in Westdeutschland nicht mehr das Einverständnis ihres Mannes, um arbeiten zu gehen, und sind nicht mehr gesetzlich verpflichtet, den Haushalt zu führen. Und erst 1997 wurde endlich die Vergewaltigung in der Ehe zu einem Straftatbestand – nach Kämpfen, die in den frühen 70ern angingen.

Die Gewerkschaften erlebten durch die Lehrlingsbewegung ab 1968 eine Neubelebung und Verjüngung. In der dualen Ausbildung wurde die körperliche Züchtigung abgeschafft und ein Streikrecht für Lehrlinge eingeführt. Und weil sich die 68er für antiautoritäre Erziehungsstile einsetzten, wurde 1973 generell die Prügelstrafe ab-

geschafft. Wegen der Umweltbewegung existiert heute ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass der Klimawandel nicht einfach ein Naturereignis ist. Und weil die damalige Generation den Mut hatte, sich mitten im Kalten Krieg für Abrüstung einzusetzen, gibt es bis heute in der Gesellschaft eine klare Haltung gegen Krieg, Auslandseinsätze und Rüstungsexporte.

Untrennbar verbunden mit der 68er Bewegung ist der Name Rudi Dutschke. Der Wortführer der Studierendenbewegung in West-Berlin, der 1979 an den Spätfolgen eines Attentats vom April 1968 starb, wird oftmals in einem Atemzug mit ihr genannt. Er und viele andere seiner Generation waren es, die seinerzeit eine radikale und dringend notwendige Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in den öffentlichen Raum brachten. Grund genug für uns als LINKE im Bundestag zum Abschluss des 50. Jubiläumsjahres von 1968 ein »Rudi Dutschke Stipendium« für kritische Sozialwissenschaften zu fordern. Denn gerade die Geistes- und Sozialwissenschaften, und dort die kritischen Ansätze, haben in den letzten Jahrzehnten unter dem neoliberalen Umbau der deutschen Hochschullandschaft zu leiden gehabt. Institute wurden vielerorts verkleinert und aufgrund fehlender Marktkonformität immer öfter in Frage gestellt.

Aber eine Demokratie, die nicht einfach marktkonform sein will, braucht Selbstkritik. Fortschritt ist nur dann möglich, wenn Bestehendes hinterfragt wird. Kritische gesellschaftstheoretische Ansätze in Abgrenzung von herrschenden Ideologien sind nur möglich, wenn kritische Geister gefördert werden.

Um es mit Rudi Dutschke zu sagen:

»Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt. Das ist unsere geschichtliche Möglichkeit.«



NICOLE GOHLKE

**1968 –
ein Erbe,
das täglich
ermutigt**

Foto: DIE LINKE

hier befaßten theoretischen Darlegungen erklärte er: »Vom Standpunkt des Marxismus ist die Klasse, die die Idee der Hegemonie verneint oder verkennt, keine Klasse oder noch keine Klasse, sondern eine *Zunft* oder die Summe verschiedener Zünfte.«⁸

An dieser Auffassung hielt Lenin in den Jahren der Reaktion nach 1907, als keinerlei Aussicht auf ihren Erfolg bestand, bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs fest. Schließlich, mit dem überraschenden Ende des Zarentums im Jahr 1917, schlug ihre Stunde. Im Oktober wurde eine ihrer zentralen Ideen Wirklichkeit, als die Bolschewiken an der Spitze einer Mehrheit der Arbeiter Petrograds und Moskaus die Provisorische Regierung stürzten, Grundbesitzern und Kapitalisten mit Gewalt ihre Macht entrissen und die Landbevölkerung auf dem Wege des Konsenses mit dem Versprechen von Brot, Land, Frieden hinter sich brachten. Doch entgegen einem anderen Grundsatz dieser Auffassung war die sich entfaltende Revolution keine bürgerliche; sie überwand die Grenzen des Kapitalismus. Damit kam es zum von Trotzki vorhergesagten direkten Übergang in den Sozialismus.⁹ Nicht die Hege-

8 *Werke*, Bd. 17, Berlin 1978, S. 402f., S. 220, S. 41.

9 »Die Hegemonie des Proletariats in der demokratischen Revolution«, so Trotzki im Rückblick auf seinen Dissens mit der bolschewistischen Perspektive in den Jahren nach 1905, »unterschied sich scharf von der Diktatur des Proletariats und wurde dieser auch polemisch entgegengehalten« (*Geschichte der Russischen Revolution*, Bd. 1, Kap. 16 »Die Umbewaffnung der Partei«). Nach Lenins Tod bediente sich Stalin 1927 des Begriffs der Hegemonie, als er Trotzki (und dessen Unterstützer Sinowjew und Kamenew) bezichtigte, die Bedeutung der Landbevölkerung für die Eroberung und Aufrechterhaltung der Macht in Rußland zu ignorieren: »Die Hauptsünde des Trotzismus besteht darin, daß er die Leninsche Idee der Hegemonie des Proletariats (in bezug auf die Bauernschaft) bei der Erkämpfung und Festigung der Diktatur des Proletariats, bei der Errichtung der

Perry Anderson

Hegemonie
Konjunkturen eines Begriffs

edition suhrkamp, Berlin
Oktober 2018
249 Seiten, 18,00 Euro
ISBN: 978-3-518-12724-7

